

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Postgebühren.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Aufgebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 17. März.

Aus pädagogischen Kreisen schreibt man uns: Die Frage der erwerbsmäßigen Nebenbeschäftigung schulpflichtiger Kinder ist nicht neu, wenigstens nicht für die Arbeiterschaft. Diese kann sogar das unbestreitbare Verdienst für sich in Anspruch nehmen, auch dieses Uebel zuerst untersucht und praktische Fingerzeige für dessen Heilung angegeben zu haben.

Schon auf dem vom 3. bis 9. September 1886 zu Genf abgehaltenen Kongress der Internationalen Arbeiter-Association hat man sich eingehend mit der Kinderarbeit befaßt und ist schon hierbei zu Beschlüssen gelangt, über die die heutige offizielle Schulweisheit zum Teil noch nicht hinausgekommen, bei denen sie zum größeren Teil sogar noch gar nicht angelangt ist. Als besonders wichtig sei hervorgehoben, daß man schon damals nicht grundsätzlich die Kinderarbeit verwarf, sondern nur ihre kapitalistische Ausnutzung verurteilte, ein Gesichtspunkt, der auch heute von Sozialpolitikern und Pädagogen als richtig anerkannt wird. Marx äußert sich im Kapital in ähnlicher Weise über die Kinderarbeit im Anschluß an Erfahrungen im englischen Fabrikwesen. Im Erörterungsprogramm ist bekanntlich auch eine entsprechende Forderung, „Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren“, enthalten, und der letzte Züricher internationale Arbeiterschuttkongress setzte diese Altersgrenze sogar auf 15 Jahre fest.

Aber was kann von der Arbeiterklasse, noch dazu von der sozialistischen, Gutes kommen? Die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft mußte sich mörderisch ausdehnen, und die unablässige Thätigkeit der Sozialdemokratie mußte erst indirekt das soziale Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft mehr schärfen, ehe man dieser wichtigen Frage näher trat. Augenblicklich steht sie mit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion, ja, sie ist sogar bis zu einem platonischen Versuche des Reichskanzlers, Erhebungen über die Ausdehnung der Kinderarbeit anzustellen, gediehen.

Abgesehen von dem eifrigen Bemühen der deutschen Lehrerschaft, Nicht in die Nacht der Kinderausbeutung zu bringen, sind es wohl hauptsächlich die Ergebnisse der letzten Berufszählung vom Jahre 1895 und die Jahresberichte der preussischen Gewerberäte, die die Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßt haben.

Die letzte Berufszählung hat zum erstenmal den Versuch gemacht, die Zahl der erwerbstätigen Kinder unter 14 Jahren zu ermitteln und giebt für das Reich 214 954 (130 285 Knaben und 84 669 Mädchen) an. Diese bedenklich

hohe Zahl wird aber selbst vom statistischen Amte als viel zu niedrig bezeichnet, indem es darauf hinweist, daß sich die Ermittlungen nur auf den Hauptberuf und den Hausgesindedienst beziehen, nicht aber auf Nebenbeschäftigung. Von anderer Seite wird schätzungsweise die Zahl der erwerbstätigen Schulkinder auf rund 800 000 angegeben. Es ist bei diesen Bedauerndenwerten der Erwerb des täglichen Brotes die Hauptsache, der Schulbesuch Nebensache.

Obwohl auch aus den Jahresberichten der Gewerberäte kein zuverlässiges Bild zu gewinnen ist, reden doch selbst die bisherigen dürftigen Mitteilungen ganze Hände. (Siehe Deutsche Schule, Oktoberheft 1897.) Es sei nur ein willkürlich herausgegriffener Abschnitt aus dem Berichte des Düsseldorfener Gewerberats citiert: „Daß auch die Verwendung von Kindern in der Fabrikindustrie wieder an Umfang gewonnen hat, ist zu bedauern. . . Von 220 im Vorjahre stieg die Zahl der beschäftigten Kinder während des Jahres 1896 auf 326 oder um 47,18 Prozent. . . Von der Gesamtzahl der beschäftigten Kinder waren 196 männlichen und 130 weiblichen Geschlechts.“

Man wird sich von der Erhebung des Reichskanzlers nicht viel versprechen, besonders wenn man bedenkt, daß die Erhebungen über die landwirtschaftliche Beschäftigung ausgeschlossen sind. Dieses Zugeständnis an die kinder- ausbeutenden Distelbier paßt zu dem agrarischen Gesichte unserer Regierung. Erwähnt sei aber, daß damit Dreiviertel der fromenden Schulkinder von der Erhebung ausgeschlossen sind, indem durch die Berufszählung 45 375 Kinder unter 14 Jahren als im „Hauptberuf“ thätig in gewerblichen Betrieben, 135 175 in der Landwirtschaft und 33 501 in häuslichen Diensten ermittelt worden sind.

Worin besteht der Wert dieser Erhebung? Es wird dadurch den eifrigen Bestrebungen der deutschen Lehrerschaft, die darauf hinauslaufen, die haarsträubenden Mißstände in der Kinderausbeutung gründlich zu erforschen, die amtliche Weihe erteilt und damit dem denunziatorischen Geschrei reaktionärer und nach Kinderarbeit lüsterner Fabrikanten, allen voran dem König Stumm und Konsorten, der Boden entzogen. Die Lehrer fühlen sich denn auch dadurch ermutigt, und allem Anscheine nach wird die Behandlung der Angelegenheit auf der diesjährigen Breslauer Lehrerversammlung interessante und wertvolle Ergebnisse zu Tage fördern.

Einer der ersten, der auf eigene Faust private Untersuchungen über die Kinderarbeit anstellte, war der Nizdorfer Lehrer Konrad Agahd. Die Ermittlungen veröffentlichte er in deutschen Lehrerzeitungen, wo sie durch ihre unglaub-

lichen Einzelheiten großes Aufsehen erregten und zu weiteren Nachforschungen führten. Der Ausschuß des deutschen Lehrervereins griff dann die Frage auf und beschloß, sie vor das Forum der deutschen Lehrerversammlung zu bringen. Es wurden zu diesem Zwecke an die deutschen Lehrervereine Fragebogen geschickt, die auch wir vor etwa einem Jahre besprachen. Die Lehrer sollten damit das Material nach Kreisen und Provinzen sammeln und es dann in engeren und weiteren Zusammenkünften erörtern.

Das ist leider nicht überall, aber doch in den hauptsächlichsten Gegenden Deutschlands geschehen. In Pommern, Ost- und Westpreußen, Hannover, Posen, Rheinland und Brandenburg haben die Provinzial-Lehrerversammlungen in ausführlichen Vorträgen Stellung genommen. Ferner hat die pädagogische Presse eifrig das Thema nach allen Seiten hin durchforscht. Statistische Erhebungen, Erörterungen über Schulgesundheitspflege, Ermüdungsmessungen u. haben die Spalten der Lehrerzeitungen gefüllt. In dem wissenschaftlichen Organe der deutschen Lehrerschaft, der Deutschen Schule, hat der auch als Referent in Aussicht genommene Lehrer und Reichstagsabgeordnete Weich einen trefflichen Rückblick auf die Geschichte des Kinderschutzes gegeben. Endlich sind die gesamten Bestrebungen und Ergebnisse auf diesem Gebiete übersichtlich zusammengefaßt in einem soeben erschienenen Buche von Konrad Agahd (Vonn, F. Sonneneckers Verlag, 80 Pfg.).

Agahd gelangt in der Hauptsache zu folgenden Schlüssen: Der Umfang der gewerblichen und landwirtschaftlichen Kinderarbeit hat einen bedeutenden Grad erreicht. Kinderarbeit, selbst Lohnpflichtige, ist auch pädagogisch zu rechtfertigen; sie birgt aber große Gefahren (körperliche, moralische und pädagogische) in sich. Kinderarbeit dieser Art ist verwerflich, darum zunächst einzuschränken und weiter bis zur möglichen Beschränkung zu bekämpfen. Es ist dringlich notwendig, zur Abmilderung einer Besserung eine genauere Kenntnis der Materie zu erlangen und zwar unter Mithilfe der Lehrer, der Kommune und des Staates.

In den Schluß setzt Agahd den Beschluß des Züricher Arbeiterschuttkongresses, mit dem er sich also identifiziert.

So weit wir davon entfernt sind, diese Bestrebungen der deutschen Lehrerschaft zu überschätzen, etwa in dem Sinne, daß wir uns von ihnen in der heutigen Ära der Miquel und Posadowsky praktische und durchgreifende Erfolge versprechen, so haben wir doch andererseits alle Ursache, die Lehrer mit Rat und That zu unterstützen. Zur Charakteristik der heutigen Gesellschaftsordnung sind die bereits gemachten und noch zu erwartenden Anstrengungen auch auf diesem

Seuilleton.

John Kiew'.

Novelle von Theodor Storm.

Als ich vors Millerthor in Hamburg kam, ging just der Tag zu Ende; ich konnt's nicht lassen, stieg ab und spazierte nach dem Stintfang hinauf; da sah ich am Hafen längs den ganzen Mastenwald im braunen Abendrot.

Langsam ging ich dort hinunter, und da überfiel's mich: „Haus oder Schiff? Land oder See?“

Ich schlenderte am Bollwerk entlang, den Kopf voll melancholischer Gedanken; da kam der Sohn unseres Nachbarn, des Apothekers; mir entgegen; er war in Kalifornien gewesen, kam aber jetzt von Hause und wollte nun wieder in die Minen.

Die beiden Schwestern hatten den wilden Jungen weich gemacht, ich glaube, am liebsten war' er mit mir umgekehrt; zuletzt aber häfelte er zwei Klümpchen Goldes los, die er als Verlocken an der Kette hängen hatte.

„Good bye!“ sagte er, „bring's den Dienen; wenn ich wieder käme, soll's ein Pfund sein!“

Und damit drehte er ab und ging davon. Ich steckte die Verlocken in die Tasche und wanderte jetzt rascher in die Stadt hinein. Als ich Nick's Häuschen erreicht hatte, brannte im Flur die Lampe.

Ein dunkelköpfiges Mädchen flog aus dem Laden, nicht groß, aber schlank; ein zierliches Stugnäschchen und über der Stirn, nicht was die Frauenzimmer Simpelfräulen nennen,

nur so die feinen Stirnlocken, die mit dem Kamme nicht mehr zu bändigen waren, und vor der Brust hing ihr ein sauber Spizentuch.

Ich zog sehr höflich meinen Hut und wußte nicht, was das feine Ding sie oder was's nur eine fremde Jungfer? Freilich, so auf siebzehn schien auch die zu stimmen, die mich da mit ihren großen braunen Augen ansah; aber ich war doch nicht auf Nummer Sicher und sagte lieber vorsichtig: „Guten Abend, wär' Frau Seyers wohl zu sprechen?“

„Guten Abend,“ sagte sie — und mir war's, als ob sie innerlich läche — „treten Sie nur näher!“

Aber ich kehrte mich zu ihr: „Um Verzeihung, liebes Kind,“ sagte ich, „wie heißen Sie denn?“

Sie neigte den Kopf, daß ich vom Gesichte nur noch die Stirnlockchen sehen konnte und sagte: „An-na!“

Sie sagte das so eindringlich, so very engaging; es sang ordentlich was in den beiden Silben, und wieder auch, als wär' ein Mädchenlachen noch dahinter.

Dann aber, als Frau Nieschen jetzt aus der Stube trat, da lachte sie wirklich und warf den Kopf empor:

„Mutter,“ rief sie jubelnd, „da ist Onkel Kiew', und er kennt mich nicht mehr!“

Und sie slog mir an den Hals, die junge Kage! In mir aber rief es: „Land, Land! Nicht nochmals auf die Planken!“

Ich wohnte schon wieder oben in meinem alten Quartier und hatte aus Lübeck und vom Schiff schon meine Sachen um mich. Es war fast wie früher, nur daß, weil die Frauen anderes zu thun hatten, eine kleine Magd noch jetzt bediente, und ich abends meist mein Glas im Kaiserhofe trank.

Da fielen die goldenen Verlocken mir eines Vormittags

in die Hand, die ich noch immer abzuliefern hatte, und ich machte mich sogleich jetzt auf den Weg.

Als ich eintrat, fand ich im Zimmer nur die beiden Mädchen, die vor einem Tische emsig an großen bunten Lappen nähten; da ich aber mein Gewerbe anbrachte und die Goldklümpchen in ihre Hände legte, by Jovo, da ging das Gejammer los: „Ach, der Herzensbruder, o mein Peter, Peter!“

Wisset, Herr Doktor, ich kann die Frauenzimmerthänen nicht leiden; denn sie machen mich boshaft, was ich von Natur nicht bin, aber so wie eine wilde Gans aus der Thür rennen, das war doch auch nicht schidlich; ich blieb also vorderhand noch sitzen.

Da öffnete sich die Thür und eine alte Näherin trat herein, die mir von früher wohl bekannt war; sie hatte wieder solchen Lappen in der Hand, wie die hier drinnen; es mußte also miteinander wohl ein Kleid ausmachen; auch packten sie es zusammen und strichen es sich an Hals und Schultern.

Als die Alte fortgegangen war, dachte ich für die Anna ein Wort einzulegen und sagte: „Ist das Ihre Näherin?“ — Die Winten Sie ein Pfundsmaß hübscher haben! Ich meinte, daß die Anna Seyers bei Ihnen nähte?“

„Ja,“ sagte die Älteste und wischte sich den Thränenrest von ihren Backen, „die ist freilich hübscher.“

— „Steht Ihnen das Mädchen denn nicht an?“

— „D — wir haben sie ja schon gehabt.“

— „Und Sie wollen sie nicht wieder haben? Das thut mir leid, sie ist so halbwege ja mein Ziehkind.“

„Ja, aber . . .“

Sie bückte sich über ihre Näherei und kam nicht an Wort mit ihrem Satze.

(Fortsetzung folgt.)

Gebiete von großer Bedeutung. Je klarer aber die Einsicht in die Unhaltbarkeit der heutigen „Ordnung“ wird und je größer die Streife werden, die diese Einsicht erlangen, um so rascher nähern wir uns einem Zustande der menschlichen Gesellschaft, in dem die unerhörten Kindesopfer des Kapitalismus nur noch kulturhistorische Bedeutung haben.

Politische Uebersicht.

Die Deckungsposse.

Gestern sind die nur zu willigen Flottenpatrioten der Budgetkommission mit der Regierung handelseins geworden, die Deckungsfrage ist von der Tagesordnung verschwunden. Das Flottengesetz ist damit endgültig durchgedrückt.

Die Centrumspartei hat ihren famosen Antrag Lieber, der nur ein trügerischer Blendel war, eifertig zurückgezogen, da ja doch die verbündeten Regierungen von oben herab das Lieber'sche Blödsinn für unannehmbar erklärt hatten.

Ein wertloser Niederschlag blieb der Antrag Bennigsen als „Amendement“ zum Flottengesetz zurück, ein hölzernes Bügeleisen, eine Belanglosigkeit, die zu nichts verpflichtet, die nur dem bloßen Egoismus, dem stumpfen Glauben der Philister und Milläuser Sand in die Augen streuen soll. Dazu kommt ohne der patentierten „Erklärungen“ der Regierung, deren Tragweite und Wert das Parlament doch endlich nun kennen sollte: die Hohenloheschen Verheißungen, Deklamationen, Erklärungen (Bereinigtes, „moderne“ Militärstrafprozessreform) sollten noch in gutem Gedächtnis sein.

Was besagt eine solche Erklärung im günstigsten Falle? Daß dieser Minister, dieses Ministerium vorläufig auf dem vorgezeichneten Wege gehen wird. Wie lange, steht auf einem anderen Blatte. Und kein klüglicher, kein nachfolgender Staatsmann ist hier gebunden. Und was besagt denn das Amendement Bennigsen? Wenn die Mehrkosten aus dem Flottengesetz nicht aus den eigenen Einnahmen des Reiches gedeckt werden können, dann dürfen die Kosten nicht durch neue oder erhöhte, den Massenverbrauch belastende indirekte Steuern gedeckt werden.

Von Zöllen aber oder Stempelsteuern ist ausdrücklich nicht die Rede. Hier können die Finanzkünstler mit vollen Händen schöpfen; so badt nur erst die Handelsvertragstafel abgelassen ist, wird sich die Schar der Ventenmacher vom Fabriksteuern und von der Schulpfanderei auf die Vertragstafel werfen und Hochzölle an deren Stelle setzen, sich die Liebesgaben, dem Marinismus und Militarismus neue Einkünfte zu erschließen. Höherer Brotzoll, höherer Wollzoll, höherer Viehzoll, höherer Kaffeezoll, höherer Petroleumzoll laden, und die Wägenzölle Staatsmannskunst lauert schon auf die günstige Gelegenheit, neue Stempelsteuern (Quittungstempel und andere Herrlichkeiten) einzuführen, von einer Fahrradsteuer schwärmen schon die Finanzmänner der Budgetkommission. Die Finanzzölle sind vogelfrei. Bier, Branntwein, Salz, Zucker, Tabak, heute schon hoch belastet, sollen nach dem Amendement Bennigsen von einer Erhöhung verschont bleiben.

Aber Graf Posadowsky machte sogleich Vorbehalte, er nahm die staffelförmige Ausgestaltung solcher Steuern an. In der Tabaksteuerung ist auch sogar die Erhöhung des Tabakzoll, der unter den Begriff: Zollserhöhung fällt, durchaus nicht ausgeschlossen.

Wie bedeutungslos diese Scheinverpflichtung ist, erhellt daraus, daß jedes Gesetz, das eine neue indirekte Steuer mit sich bringt, sie aufhebt, sie zu nichts macht.

Der Antrag von Bennigsen ist eine Vignette, an die Seiten des Flottengesetzes gezeichnet, nur um den klüglichen Gesetzgeber zu „mahnen“. Wie wird im Ernste die „Mahnung“ wirken? Das Amendement Bennigsen greift dem Marinismus so wenig an Herz und Nieren, wie die von Posadowsky im Namen der Einzelregierungen abgegebene Erklärung, daß diese „Vedaat darauf nehmen“ würden, eine eventuelle Erhöhung der Materialbeiträge durch „Belastung der stärkeren Schultern“ bei den direkten Steuern zu decken.

Worte, nichts als Worte! Siehe die Hohenlohesche Phrasologie von 1896! In den Landtagen, wo fast durchgängig der Genus, der Klingen der „stärkeren Schultern“ herrscht, werden die „stärkeren Schultern“ die Lasten abwälzen auf die Schultern der Armen. Wie kennen das Lied, wie kennen den Text . . .

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 16. März. Die Sozialdemokratie kämpft für den Ausbau der bürgerlichen Freiheit und wird von den bürgerlichen Parteien im Stich gelassen.

Auch die Herren von der freisinnigen Volkspartei haben keinen besonderen Anlaß, sich als Hort der bürgerlichen Freiheit zu fühlen. Es ist bekannt, welche mehr als zweideutige Rolle Herr Venzmann in der Militärstrafprozess-Kommission gespielt hat, wie er da jedesmal, wenn der Kriegsminister von unserm Genossen Spaas in die Enge getrieben war, so daß er nicht aus noch ein wußte, dem Herrn von Goshler mit irgend einer juristischen Finte beisprang.

Das Centrum hätte sich heute veranlaßt, auch wieder einmal etwas für das Volk zu thun; es fürchtete wohl, es mit seinen Duell-Erklärungen verstimmt zu haben. Es brachte daher heute eine Bestimmung zu Fall, wonach die Beleidigung, die Körperverletzung eines früheren Vorgesetzten noch eine Beiläufigkeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses des Untergebenen vor die Militärgerichte kommen solle.

Dieser gefährliche, in einem modernen Staate unmögliche § 8 ist mit Hilfe des Centrums abgelehnt worden; ob das aber auch in dritter Lesung geschehen wird, steht noch dahin. Hoffentlich läßt sich das Centrum auch durch die Drohung der Regierung, daß sie das ganze Gesetz ohne den § 8 scheitern läßt, nicht einschüchtern. Vorläufig drohten nur die Konser-vativen damit.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 16. März. In den Sitzungen des Abgeordnetenhauses von gestern abend und heute ist das Ordinarium des Kultusetales bis auf das Kapitel Kunst und Wissenschaft erledigt worden. Bei dem Kapitel Kunst und Wissenschaft entspann sich eine höchst oberflächliche Kunstdebatte, die für die in gewissen Kreisen herrschenden Ansichten recht charakteristisch ist. Verlangten doch einige ostelbische Junker nicht mehr und nicht weniger, als daß auch die Kunst in den Dienst der nationalen Sache gestellt werde! Die Herren, die das wahre nationale Gefühl gepachtet zu haben glauben, fürchten, daß dem Volke das Nationalbewußtsein verloren geht, wenn in den

Kunstinstituten zu viel Gemälde fremder Künstler ausgestellt werden.

Bei dem Titel Königliche Bibliothek treten verschiedene Redner unter Führung der Abgg. Dr. Arndt (freikon.) und Dr. Friedberg (nat.-lib.) gegen die Verpflichtung der Verlagsbuchhändler auf, von jedem in ihrem Verlage erscheinenden Werke je ein Exemplar der königlichen und der Universitätsbibliothek zu überlassen. Die Regierung erklärte jedoch, daß sie im Interesse der Allgemeinheit auf dieser Verpflichtung bestehen müsse. Allzu groß wird wohl die den Verlegern dadurch auferlegte Last nicht sein.

Einen neuen Beweis gegen den Ausspruch, daß in Preußen die Kulturaufgaben nicht leiden, bildete die Verhandlung über das Kapitel Technisches Unterrichtswesen. Die Regierung hat in Bezug auf das Unterrichtswesen der Entwicklung der Technik bisher nicht Rechnung getragen; in ganz Preußen bestehen drei technische Hochschulen, die überfüllt sind und keine genügenden Lehrkräfte haben. Dem Drängen auf Errichtung weiterer Hochschulen hat sich die Regierung bisher stets widersetzt und erst jetzt, nachdem der deutsche Kaiser sich für Danzig entschieden hat, hier die Gründung einer neuen Hochschule in Angriff genommen. Hingegen weigert sich der Kultusminister nach wie vor, auch in anderen Städten, z. B. in Breslau und Kiel, wo ein dringendes Bedürfnis besteht, technische Hochschulen zu errichten. Dieses Verfehlen der notwendigsten Aufgaben des Staates geht selbst dem Dreiklassenparlament zu weit, von allen Seiten wurden Herrn Bosse schwere Vorwürfe gemacht, die er geduldig hinnahm. Es wird wohl doch alles beim alten bleiben.

Die Beratung des Kultusetales wird voraussichtlich morgen beendigt.

Schutz vor Schulkenten!

Vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts wurde am Mittwoch gegen den Schuttmann Otto Volkmann wegen widerrechtlicher Sistierung eines Mädchens und Nötigung verhandelt. Es handelt sich dabei um das Aelstener, das die Näherin Martha Schulz in der Nacht des 20. Dezember zu bestehen hatte, und das damals starke Erregung hervorrief. Das Mädchen behauptet, in jener Nacht von dem Schuttmann belästigt worden zu sein, als sie, aus einer Gesellschaft heimkehrend, eben ihre Hausthür aufschließen wollte. Der Schuttmann habe ihr gesagt, er müsse sie nach der Wache mitnehmen, da ein anständiges Mädchen nicht so spät abends allein über die Straßen ginge. Das Mädchen ist dann, nach ihrer Erzählung, dem Schuttmann gefolgt. Dieser hat sie aber nicht nach Wache geführt, sondern nach dem Tiergarten zu und ihr dort unsittliche Anträge gestellt mit der Drohung, er werde sie im Weigerungsfalle unter sittenpolizeiliche Aufsicht bringen. Als sich das Mädchen entschieden weigerte, wurde der Schuttmann plötzlich unsichtbar. Am Tage darauf will das Mädchen den Angeklagten ganz bestimmt unter den ihr vorgeführten Schulkenten wieder erkannt haben. Volkmann leugnet die That und verneint einen unfaßlichen Alibi Beweis anzutreten; er behauptet, zu der fraglichen Zeit an anderer Stelle mit der Verfolgung eines Frauensünders beschäftigt gewesen zu sein. Mehrere Zeugen sagen für ihn günstig aus. Fräulein Schulz erklärt, den Schuttmann genau wiederzuerkennen. Der Angeklagte fährt auf: „Ich weiß nicht, wie die Person dazu kommt, mich hier ganz falsch zu beschuldigen. Das werde ich mir nicht gefallen lassen, das kann ich mir nicht gefallen lassen, dagegen werde ich Schritte unternehmen.“ Der Präsident rügt sein Auftreten. Der Staatsanwalt hält den vom Angeklagten verjagten Alibi Beweis für missigelt. Der Vorfall, den er erzählte, sei zweifellos in der gleichen Nacht passiert, aber so früh, daß der Angeklagte reichlich Zeit gehabt habe, sein Abenteuer mit Fräulein Schulz zu bestehen. Der Staatsanwalt beantragt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger beantragt Freisprechung oder Vertagung und Ladung weiterer Zeugen. Der Gerichtshof beschließt die Vertagung und zu dem neuen Termin eine ganze Reihe von Zeugen zu laden.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Vom Landgericht Erfurt wurde der Arbeiter Theodor Ballin auf Grund von § 95 des Strafgesetzbuches zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte neun Monate beantragt. Ballin kam eines Abends betrunken nach Hause und ließ unabsichtlich eine Gipsfigur, ein Mitglied der kaiserlichen Familie darstellend, von einer Kommode herunter. Als die Frau des Angetrunkenen diesen deshalb zur Rede setzte, erging er sich in beleidigenden Auslassungen gegen die Person, die die Gipsfigur darstellte. Durch Hausbewohner kam die Sache zur Anzeige.

*** Berlin, 17. März.** Das Kilimandscharogebiet in Deutsch-Ostafrika wird ebenfalls von Kuruzen heimgesucht. Wie der Voss, 14. aus Tanga geschrieben wird, „kräftig“ es dort wieder; nicht allein, daß die eigenen (farbigen) Soldaten der Engländer, infolge der Weiterei ihrer Stammesbrüder in Uganda, auch im britischen Kilimandscharogebiet auffällig sind, sondern auch die Thatfache, daß die Wasais von den Steppen des Kenia aus in großen Massen „Rekognoszierungsreisen“ unternehmen und sicherlich die günstige Gelegenheit, die durch die Truppenverchiebung nach Uganda geschaffen ist, zu einem Hauptschlag benutzen werden, ist nicht abzuleugnen.

In diesem Frühjahr sollen 100 Kadetten in die Marine eingestellt werden, erheblich mehr als im Vorjahr.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß in der Ende April zusammen tretenden internationalen Zuckerkonferenz Deutschland, Oesterreich und Belgien nicht bloß die Abschaffung der direkten Anfuhrprämien, sondern auch Maßregeln beantragen, um das System der versteckten Prämien unmöglich zu machen.

Lothringischen Vätern zufolge hat sich der Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze nicht auf französischem, sondern deutschem Gebiet abgespielt.

Verschlagnahme wurde Nr. 11 des anarchistischen Blattes: Armer Konrad wegen angeblicher Gotteslästerung; die Strafthat wird, wie es heißt, gefunden in einem Artikel, betitelt: Brief aus der Hölle, in dem ein „alter Freund“ seine Schicksale nach dem Tode schildert.

Die Kölnische Zeitung meldet offiziös aus Berlin: Die Meldung, daß das Panzerschiff Oldenburg mit voller Besatzung die Insel Kreta verläßt, läßt vermuten, daß der Zeitpunkt gekommen ist, daß Deutschland im europäischen Kongress die Führe still auf den Tisch legt und den Kongress verläßt. Die deutsche Regierung hat, namentlich jetzt, nachdem die griechische Staatsschuldfrage in möglichst günstiger Weise geregelt ist, nicht genügend Interesse an der zukünftigen Gestaltung der Verhältnisse auf Kreta, um sich dem Einverständnis der meistbetheiligten Großmächte entgegen-

zustellen. Sie kann um so weniger eine Politik des Einspruchs befolgen, als offenkundig ist, daß die wirkliche Herstellung geordneter Zustände auf der Insel nicht bloß eine Anwendung großer Machtmittel, sondern nicht minder erhebliche Geldopfer bedingen wird, deren Ausbringung deutscherseits selbstverständlich ausgeschlossen ist. Die deutsche Regierung handelt also folgerichtig, wenn sie denjenigen Mächten, die diese Opfer darbringen wollen, auch die Durchführung der von ihnen für zweckmäßig erachteten Maßregeln auf eigene Verantwortung überläßt, ohne sich bei dieser Verantwortlichkeit zu beteiligen. Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Bülow darüber im deutschen Reichstage waren so klar und überzeugend, daß sie vollen Beifall in ganz Deutschland gefunden haben. Die Neuordnung der Dinge auf Kreta wird nunmehr vorwiegend Rußland, Frankreich und England zufallen. Dieses Jurisdiktoren Deutschlands von der weiteren Behandlung der kretischen Frage bedeutet jedoch keineswegs sein endgültiges Ausscheiden aus dem europäischen Kongress.

*** Breslau, 16. März.** Der Polizeipräsident Dr. Wienke hat dem Komitee der freisinnigen Volkspartei, das für den Abend des 18. März hier eine Gedenkfeier an die Bewegung des Jahres 1848 veranstaltet, die Teilnahme von Freuenspersonen an dieser Veranstaltung unterlag.

Zur Begründung dieser Maßnahme führt der Herr Polizeipräsident an, daß die Feier, wenn sie auch von einem Komitee veranstaltet werde, doch als Versammlung des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei angesehen werden müsse, da sämtliche Komiteemitglieder und selbst der Festredner Mitglieder jenes Vereins seien und daher nach § 8 des preussischen Vereinsgesetzes die Teilnahme von „Fremdspersonen“ unzulässig sei. Die hiesigen Freisinnigen sind über diese Auslegung mit Recht entrüstet. Wir Sozialdemokraten sind an eine derartige Behandlung durch die Behörden im Laufe vieler Jahre schon besser gewöhnt worden.

Kleine politische Nachrichten. Die Buttkamer machen Karriere. Zum Polizeipräsidenten in Kiel ist der Landrat v. Buttkamer, früher in Orlau i. Schl., ein Sohn des früheren Ministers v. Buttkamer, ernannt worden. — Das Militärbezirksgericht zu München sprach den Gefreuten Niedmann, der den Hornisten Hohenacker mit dem Seitengewehr erstochen hatte, frei, weil er sich im Stabe der Rotvehr befunden habe. — Wegen der Rechtsanwaltschaft in Ulm ist auf Grund der im vorigen Jahre erschienenen Schrift: Die Rechtskraft des Verdictens das chrengerichtliche Verfahren eingeleitet. Wäger macht in der Schrift den Richtern den Vorwurf, daß sie auf Wunsch des Justizministers über seine Amtsenthebung beschlossen hätten. — Der Typische Landtag beschloß am 16. März mit großer Mehrheit, daß beim Ausschreiben des Grafregenten dessen ältester Sohn die Regentschaft übernehmen solle. — Auf einem Bankett hat der englische liberale Parteiführer Lord Rosebery eine Rede gehalten, worin er sich gegen die ministeriellen Kriegsdrohungen wandte. Es habe jemand zu leichtfertig von dem schrecklichen Unglück des Krieges gesprochen. Zunächst müsse England sicher sein, daß die für einen Krieg gebrauchten enormen Opfer auch befriedigenden Gewinn brächten. — Die offiziöse römische Zeitung Italia meldet die Flucht eines hohen Beamten des Vatikan mit Hinterlassung eines Defizits von über anderthalb Millionen. Allein das San Giuseppe-Kloster sei um achthunderttausend Franken geschädigt. — Die athenische Polizei, die die großen Ephebuben laufen läßt, ist einen „antidynamischen Klub“ auf die Spur gekommen. Die Papiere des Klubs sind beschlagnahmt. Man weiß nicht, ob zwischen dem Klub und dem Altantat Karbhidis eine Beziehung besteht. Die arme Polizei muß alles aufbieten, um den alten König Georgios „interessant“ zu machen: sein Thronlein ist gar zu wacklig. — Aus Bombay wird vom 16. März gemeldet: Die anständigen Doctarbilder und Wagenführer haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Kaufhäuser sind wieder geöffnet.

Oesterreich-Ungarn.

Wahlstatistik.

Dieser Tage ist die amtliche Statistik der Reichsratswahlen von 1897 erschienen; 1897 ist zum erstenmal nach der Wahlreform gewählt worden, die die fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts auf den Widerspruch der vier Kurien der Großgrundbesitzer, Handelskammern, Städte und des flachen Landes auf-gepfropft hat.

Bei den Wahlen von 1885 entfielen auf einen Abgeordneten noch 64770 Bewohner; 1897 wären ihrer nur rund 71700 gewesen, wenn nicht die Wahlreform den Durchschnitt auf 59500 herabgemindert hätte. Sie hat zu 1890926 Wählern der ersten vier Kurien die 5018217 Stimmen der fünften Kurie hinzugefügt. Von diesen entfallen 1831439 oder 36,5 Prozent auf Personen, die auch in anderen Wählerklassen wahlberechtigt sind. Diese 36,5 Prozent der fünften Kurie bedeuten den Spielraum der alten Wählerklassen in der neuen. Daneben stehen noch 952840 Wähler oder 19 Prozent der fünften Kurie, die bisher wenigstens Gemeindegewählter gewesen waren. Es bleiben somit 2233988 Männer oder 44,5 Prozent, die durch die Wahlreform erst ein politisches Stimmrecht erhalten haben.

Die Selbstbestimmtheit ist durch den Aufbau der Kurien gesichert: im Großgrundbesitzer wählen sie 64 Wähler zusammen einen Abgeordneten, in den Handelskammern je 28, in den Städtewahlbezirken je 3341, in den Landwahlbezirken je 11555, in der fünften Kurie aber je 69697. Das Wahlrecht der fünften Kurie ist etwa sechsmal schwächer als das in den Landgemeinden, zwanzigmal schwächer als in den Städten, und tausendmal schwächer als im Großgrundbesitzer, und dreihundertmal schwächer als in den Handelskammern, den Organisationen von Großhandel und Großindustrie.

Das allgemeine gleiche geheime direkte Wahlrecht würde mit diesen Ungehörlichkeiten reinen Tisch machen.

Frankreich.

Die Abweisung.

Paris, 16. März. Wie die Agentur Havas meldet, wies der Minister für die Kolonien, Lebon, das Gesuch der Frau Drehyus, man möge ihr gestatten, das Los ihres Gatten auf der Teufelsinsel teilen zu dürfen, zurück. Er wies das Gesuch mit derselben Begründung wie seine Vorgänger bei den beiden früheren Gesuchen der Frau Drehyus zurück.

Nordamerika.

Die Maine-Affäre. — Krieg??

Der Korrespondent des New Yorker Herald in Washington erzählt, der neue spanische Gesandte, Bernabe, habe in einer Zusammenkunft mit dem Adjunkten des Staatssekretärs des auswärtigen Angelegenheiten, Spanien sei bereit, für die Katastrophe der Maine Schadenersatz zu leisten, wenn seine Verantwortlichkeit festgestellt sei; dagegen würde Spanien die Anwesenheit amerikanischer Kriegsschiffe in den nordamerikanischen Gewässern und die Kriegsunstimmungen der Vereinigten

Staaten als „Schädigung des Erfolges der Autonomie Cubas“ ansehen.

Die Präsidents Mac Kinley hat gestern folgende Aeußerung gethan: „Ich wollte lieber, meine Amtsführung erwiese sich als schmäherlicher Mißerfolg, als daß sie einen frevelhaften Krieg zu verantworten hätte.“

Aus der Partei.

Wilhelm Liebknecht, der Senior der Sozialdemokratie, kehrt morgen, am Gedenktag der 1848er Revolution, in die deutsche Freiheit zurück. Wieder einmal schließt sich hinter ihm die Gefängnisporte, und der Alte schreiet frohen Mutes, in seinem Alter ein junger Kämpfer, wie vor 50 Jahren, von neuem an sein Tagewerk.

Er hat den Aufenthalt im Gasthause zur deutschen Gerechtigkeit gut überstanden, wie wir zu unserer Freude hören, und nimmt in voller Müdigkeit die Grüße entgegen, die ihm heute aus aller Welt gebracht werden.

Zu denen, die ihn heute begrüßen, haben namentlich wir Leipziger allen Grund, uns zu gesellen. Einen guten Teil seines Lebens hat er hier und in nächster Nähe zugebracht. Mit dem Anwachsen der proletarischen Bewegung in Leipzig und Sachsen ist sein Wirken aufs engste verknüpft. Hier hat der Alte am unmittelbarsten gewirkt. Zwischen den Leipziguern und ihm besteht eine Art persönlicher Verhältnisse. Wer hat ihn nicht schon gehört, den Alten mit dem charakteristischen Gesicht, und sich seiner Rede gefangen gegeben!

Als einen Vorboten seiner Rückkehr in die Freiheit hat die Expedition der Buchhandlung Vorwärts in diesen Tagen eine neue Schrift Liebknechts veranlaßt: Zum Jubeljahr der Märzrevolution (Preis 30 Pf.). Da schildert Liebknecht in raschen Zügen den Verlauf der revolutionären Bewegungen von 1848, immer bedacht, den Kern der geschichtlichen Ereignisse herauszuschälen, die bleibenden und vergänglichen Erzeugnisse zu sondern, und faßt die Aufgaben zusammen, die der Arbeiterschaft als der Erbin der 48er Revolution zugefallen sind. Durch die ganze Schrift weht der jugendlich-frische Geist der frühlichen Kampfnatur Liebknechts, die immer mit unerlöschlicher Hoffnung auf endlichen Sieg in den Streit zieht.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer Sitzung am Mittwochabend, bei der dritten Beratung des Etats beim Titel Reichskanzleramt eine Resolution einzubringen, in der die im Reichs-Anzeiger gegebene, unseren Lesern bekannte „Berichtigung“, die die Arbeiterinnen um ein Stückchen Arbeiterchaft bringt, zu § 138a der Gewerbeordnung als gesetzlich unverbindlich bezeichnet werden soll. Die Fraktion hält eine Aenderung des Paragraphen nur auf dem Wege der Gesetzgebung für zulässig.

In Magdeburg wurde der frühere Redakteur der Volksstimme, Genosse Baumüller, zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wegen Beleidigung des Landrats von Buttler-Bartenthu.

Zu derselben Strafe wurde Genosse Harbaum wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung verurteilt. Er hatte im Schaufenster der Buchhandlung der Volksstimme zwei Plakate des sozialdemokratischen Wahlkomitees, auf denen zum Besuche der am 1., 2. und 3. März stattfindenden Volksversammlungen aufgefordert wurde, so angebracht, daß sie von der Strafe gelesen werden konnten.

In Groß-Ottersleben wurde bei der Gemeinderatswahl Genosse August Hoppe mit 67 von 86 abgegebenen Stimmen gewählt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Vorkomnisse im Dresdener Festungsgefängnisse wurden kürzlich im Reichstage von dem Abg. Kunert zur Sprache gebracht. Der sächsische Regierungsvertreter war jedoch nicht im Stande, über die Angelegenheit befriedigende Erklärungen abzugeben. Es handelte sich um die Verhaftung der Gefangenen an den Sonntagen, die unter den Augen der Vorposten verrichtet wurde und jahrelang geschah. Dem sächsischen Regierungskommissar war diese Angelegenheit höchst peinlich, unter allgemeinen Aussprüchen und Ausreden suchte er um die Sache herum zu kommen. Jetzt sprechen sogar kirchliche Organe, die gewiß über jeden Verdacht der Opposition erhaben sind, ihre Anzufriedenheit mit der Haltung des Regierungsvertreters, des Grafen Bismarck v. Eckardt, aus. Das Neue Sächsische Kirchenblatt, das in Leipzig erscheint, erinnert jetzt daran, daß es sich um Anschuldigungen gegen hohe Offiziere wegen Sonntagseheheiligung, Mißbrauch der Dienstgewalt, wissentlich falsche Meldung, auch Verleitung zum Meineid gehandelt habe, ohne daß darauf eine Anklage gegen den ehemaligen Divisionspflanzler Graf v. Eckardt oder die Abstellung der Mißstände und die Bestrafung der Schuldigen bekannt geworden wäre.

Es schreibt dann weiter: Jetzt endlich, nachdem man es bis zur Interpellation eines sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag hat kommen lassen, mußte man sich zu der Erklärung bequemen, daß drei Verhaftungen erfolgt und die Mißstände abgestellt seien. Dabet wird uns aber versichert, daß letzteres nicht durchweg der Fall sei; und im Reichstage hat Kunert weder über die Namen der Verhafteten, noch über die Höhe der Strafen Auskunft erhalten können. Es ist also nicht unmöglich, daß überhaupt nur untergeordnete Organe gemahngelt, oder die wirklich Schuldigen so gelinde weggenommen sind, daß, wie Kunert bemerkte, das Kriegsministerium die Strafen nicht zu nennen wage. Und dazu stimmt vollständig, daß der hauptsächlich in Betracht kommende Major B. noch heute Bataillons-Kommandeur ist. Generaladjutant v. B. hat sich allerdings unmittelbar nach Veröffentlichung der Sache ins Privatleben zurückgezogen, aber unseres Wissens unter Umständen, die keineswegs auf eine Wahregung deuten. Unter diesen Umständen kann eine amtliche Erklärung des Vertreters der sächsischen Regierung

im Reichstage nur peinliche Empfindungen wecken. Jedenfalls ist die Sachlage nach wie vor ungeklärt, und das durch die Verhandlung eines evangelischen Geistlichen unserer Landestirche vor dem Militärgericht verurtheilte und Strafbefehl hat bisher keine anderweitige Milderung erhalten. Daß eine erneute Anklage des Abg. Kunert, die dieser schon angekündigt hat, zum Ziele führen werde, ist nach dem Verlauf der bisherigen kaum anzunehmen. Es ist überaus bezeichnend, daß kein einziger anderer Abgeordneter bei der Gelegenheit das Wort genommen hat, als allein dieser Sozialdemokrat, wie es schon bezeichnend ist, daß man diese Sache den Sozialdemokraten überhaupt überlassen hat. An drei konservative Abgeordnete, an die Herren Graf Noon, Freiherr v. Stumm und Pastor Schall, ist seiner Zeit das Material über den Fall geschickt worden, aber keiner von ihnen hat den Mund aufgethan, auch Freiherr v. Stumm nicht, der dieses Organ sonst wohl zu brauchen weiß, wenn es gilt, gegen evangelische Geistliche etwas zu sagen. Keines von den vielen konservativen und national-liberalen Amtsblättern, von den kleinsten bis zu den größten, hat zu der Sache Stellung genommen; ein Wink von oben — und sie schwiegen alle.

Ein schöner Beitrag zur Charakteristik der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer Vertreter und ihrer Presse aus so berufenem Munde!

r. Dresden, 16. März. Der Bezirksausschuß der Amst-hauptmannschaft Dresden-N. hat jetzt die Regulative der Orts-Vöblau, Steylsch und Tharandl, wonach von Konsumvereinen, Warenvereinen und ähnlichen Betrieben, sowie deren örtlichen Zweiggeschäften eine Umsatzsteuer von zwei Prozent erhoben werden kann, genehmigt.

Die sächsischen Konsumvereine wollen eine möglichst einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ihrem Arbeitspersonal gegenüber einführen. In mehreren gemeinschaftlichen Sitzungen der zwei Kommissionen der Lagerhalter und Vereinsvorsitzende ist jetzt eine Resolution beschlossen worden, nach welcher Geschäftszeit, freie Zeit, Verhältnis der Zahl des Personals zum Umsatz, Gehalt und Wohnungsverhältnisse, Mantlovergütung, Verträge u. nach ganz bestimmten Grundfragen und Gesichtspunkten festgelegt werden sollen. Diese Beschlüsse sollen nach und nach bis spätestens 1. Januar 1900 zur Ausführung gebracht werden. Alle Vorteile, die einzelne Vereine über diese Grundsätze hinaus schon jetzt gewähren, dürfen nicht geschmälert werden. Zur Beilegung etwaiger Streitigkeiten über die Aus- und Durchführung dieser Grundsätze und sonst etwa entstehende Differenzen zwischen Verwaltung und Personal soll ein Schiedsgericht gebildet werden. Ueber die Resolution in allen ihren Einzelheiten wird die am nächsten Sonntag hier zusammen-tretende öffentliche Versammlung von Lagerhaltern und Ver-waltungsbeamten zu beraten und zu beschließen haben.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute ist hier fortgesetzt im Interesse der kaufmännischen Angelegenheiten thätig. Jetzt hat sie Fragebogen an alle Geschäftsinhaber gesandt, nach denen haupt-sächlich Unterlagen für Durchführung des Nachtrahendenschlusses, abjoluter Sonntagsruhe u. gewonnen werden sollen.

Zwickau, 16. März. Dem Genossen Hermann Schmidt wurde an Polizeiamtstelle eröffnet, daß die Kreishauptmannschaft die von Schmidt und Berger erhobene Beschwerde gegen die Versammlungsverbote vom 12. Dezember v. J. für be-achtlich befunden hat. In den Versammlungen sollte Protest gegen die konservativen Anträge, betr. die Verschlechterung des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, erhoben werden. Jetzt nach einem Zeitraum von einem Vierteljahr könnten also die Versammlungen unbeanstandet stattfinden, da der Zweck aber nunmehr ein verfehlter wäre, so werden sie unterbleiben. Den Beschwerdeführern ist aber, um mit Herrn v. Meyßel zu reden, „ihr Recht geworden“.

Der Strafsenat des thüringischen Oberlandesgerichts in Jena hat die Beschwerde der sächsischen Staatsanwaltschaft in Greiz wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Redakteur der Neuz. Volksztg., Genossen H. Goldstein, wegen Be-leidigung eines Pfarrers als unbegründet zurückgewiesen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Crimmichau, 16. März. Zu Weitelshain sprach in einer Versammlung Genosse Frehe-Zwickau über Kolonialpolitik und Marineforderungen. Als er auf die Entwicklung unserer politischen Verhältnisse seit dem Jahre 1848 zu sprechen kam, machte ihn der zur Ueberwachung anwesende Beamte darauf aufmerksam, daß er in dieser Weise nicht weiter sprechen dürfe, widrigenfalls er das Wort entzogen bekomme. Frehe konnte aber seinen Vortrag ungehindert beenden.

oo. Reitzkau, 16. März. Die Kreishauptmannschaft Zwickau hat hinsichtlich der schon lange schwebenden Streitfrage, ob die als Ersatzleute in den Stadtgemeinderat eingetretenen Genossen so lange dort zu verbleiben haben, wie ihre Vorgänger, für die sie Ersatz bilden, zu verbleiben hätten, oder bei der nächsten ordentlichen Wahl auszuscheiden haben, entschieden, daß sie aus-zuscheiden gehabt hätten. Der Stadtgemeinderat hat deshalb für den 24. März eine Nachwahl auf Grund der vorjährigen Wählerlisten angeordnet. Die Genossen wollen in Protestversammlungen Wahl-enthaltung proklamieren, da sie erst noch eine Entscheidung des Ministeriums herbeigeführt haben wollen. Wenn der Bürger-meister, der in dieser Streitfrage ganz auf Seiten der Genossen steht, zur Zeit nicht zu einer militärischen Uebung eingezogen wäre, würde die Wahl kaum ausgeschrieben worden sein.

Wilkau, 16. März. Durch die Wälder geht die Mitteilung, daß der hiesige Konsumverein sich auflösen werde, was als eine Wirkung der Umsatzsteuer betrachtet wird. Die Nachricht ist natürlich nicht richtig. Der Wilkauer Konsumverein sucht im Gegenteil nach einer anderen Form, um sich noch mehr aus-dehnen zu können, als dies bisher der Fall. Die Freude über die Auflösung des Konsumvereins wird bei den Gegnern bald in ihr direktes Gegenteil umschlagen.

Keine Mitteilungen aus dem Lande. Für das Königreich Sachsen soll ein Verein zur Fürsorge für entlassene Geistes-kranke ins Leben gerufen werden. Eine Ende April oder Anfang Mai nach Dresden einzuuberufende Versammlung soll sich eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigen. — Eine elektrische Centrale für das ganze Königreich Sachsen will man bei den sächlich von Dresden belegenen händischen Kohlenwerken errichten, an die 168 Ortschaften angeschlossen werden sollen. Selbstverständlich ver-billigen sich mit der Größe des Unternehmens die Regiekosten für jeden einzelnen Teilnehmer, und besonders die kleineren Ortschaften werden auf diese Weise elektrische Beleuchtung, elektrische Straßen-bahnen und elektrische Kraft zu großen Fabriken und zum kleinen Hausgewerbebetriebe zu einem viel niedrigeren Preise erhalten, als wenn sie sich selbst eine besondere Centrale anlegen wollten. — Der Sohn einer angesehenen Familie in Meran, der als Soldat beim Bezirkskommando Glauchau diente und sich von dort vor mehreren Wochen ohne Erlaubnis entfernt hatte, ist jetzt tot in Glauchau im Mühlgraben aufgefunden worden.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

m. Burzen, 16. März. Wie die Mauer, so wollen auch die Maurer dieses Jahr in eine Lohnübergebung treten. Vor kurzer Zeit wählten die Maurer in einer gutbesuchten Versamm-lung eine Lohnkommission, die mit den Arbeitgebern verhandeln soll. Die Malermeister wollen mit der Lohnkommission der Mauer nicht verhandeln, die Baninnung hingegen hat schon per-sönliche Unterhandlung mit der Lohnkommission der Maurer ge-pflogen, jedoch zu einer Vereinbarung ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Die Maurer fordern zunächst einen Mindestlohn von 35 Pf. Die besten Maurer sollen 37 Pf. erhalten. Ueber-stunden sollen mit 5 Pf. mehr vergütet werden. Wasser- und Nacharbeit von abends 9 Uhr an sollen mit 10 Pf. mehr pro Stunde bezahlt werden. Die 10 stündige Arbeitszeit soll auf allen Bauten eingeführt werden. Accordarbeit soll ganz in Weg-fall kommen. Weiter verlangen die Maurer wasser- und wasser-dichte Bauwände, die Fenster haben und verschließbar eingerichtet und im Winter mit Heizvorrichtung versehen sein sollen. Die auf allen Bauten tief eingegriffene, mangelhafte Einrichtung mit den Aborten wird den gesundheitlichen und sanitären Verhält-nissen entsprechend verlangt. Nachdem nun die Lohnkommission am vorletzten Sonntag mit der Baninnung verhandelt hatte, nahm eine heute nachmittag in Stadt Wien tagende und von ca. 100 Maurern besuchte Versammlung den Bericht der Lohn-kommission über die Verhandlung entgegen. Daraus geht her-vor, daß die Meister die 10 stündige Arbeitszeit zugestehen wollen, aber bei Industrie- und Fabrikbauten soll die 11 stündige beibehalten werden. Von Mindestlohn wollen sie ebenfalls nichts wissen, ein jeder guter Maurer soll 35 Pf. pro Stunde er-halten. Für die Ueberstunden, Nacht- und Wasserarbeit, wollen sie 5 Pf. mehr geben. Die Versammlung beschloß, bei ihren Forderungen zu verharren und es auf das äußerste ankommen zu lassen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, von neuem zu verhandeln. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich für den Beitritt zur Organisation erklärte. Die Zahl der organisierten Maurer ist jetzt auf 77 gestiegen. Hoffen wir, daß es den Maurern und auch den Malern gelingt, mit den Arbeitgebern eine Einigung zu erzielen.

g. Halle a. S., 16. März. Die bekannte Kleiderverord-nung des Bürgermeisters von Schkendib, die sich auf den Groben Aufzugs-Paragraphen stützte und seiner Zeit all-gemeines Aufsehen erregte, wird nun doch zurückgezogen werden müssen. Bekanntlich sollten nach der famosen Verordnung des Bürgermeisters die Schkendibiger Bürger Sonntags nur in „feinen“ Kleidern auf der Straße erscheinen. Der Geschäftsführer Robert Engelmann, der bei seinem Herrn die Wagen vorgezogen hatte, soll gegen die Verordnung geklagt haben, weil er im Arbeitsanzuge durch die Hallesehe Straße gegangen war und dadurch Anstand und Sitte verletzt haben sollte. Das Schöffengericht in Schkendib verurteilte ihn wegen Verletzung groben Aufzugs zu einer Geldstrafe von 3 Mark eventuell einem Tage Haft. Auf die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde er aber heute vom Landgericht freigesprochen, da das Gericht in der Handlung des Angeklagten nur ein „mangelhaftes Scham-gefühl“, aber keinen Unfug erblickte.

Weimar, 14. März. Bei der Beratung des Etats im Landtag hatte sich der freisinnige Abgeordnete Kühner gegen die Verrechnung der Landrichterstellen beim Landgericht Weimar ausgesprochen und auch dagegen gestimmt, und zwar deshalb, weil der Landgerichtspräsident Bachmann in Weimar im Neben-amt Direktor der Hagelversicherungsgesellschaft Union in Weimar sei und als solcher in den letzten Jahren jährlich 18—20000 Mk. Lohntiemer bezogen habe. Der Bevollmächtigte der Union, Kommerzienrat Bilde, „be-richtigte“ diese Angabe öffentlich dahin, daß Bachmann während seiner 15-jährigen Thätigkeit bei der Union durchschnittlich jähr-lich nur 3625 Mk. erhalten habe. Abg. Kühner erklärt darauf seinerseits heute in den Weim. Neuest. Nachr., daß er seine im Landtag gegebenen Behauptungen vollständig aufrecht erhalte. Es handele sich nicht um einen 15-jährigen Durchschnitt, sondern um das, was Herr Bachmann von der Union erhalten habe, seitdem er Landgerichtspräsident sei, also seit 4—5 Jahren.

— Aus Meiningen, 16. März. Der Meiningener Landtag, dessen reaktionäre Mehrheit bei Beginn der Tagung Mitte Februar unsere vier Parteigenossen deswegen von der Beteili-gung an den Kommissionen ausschloß, weil sie nicht den offiziellen, der Eröffnung des Landtags vorhergehenden Kirchgang mit-gemacht hatten, ist letzten Sonnabend geschlossen worden. Und wie die erste, so sah auch die letzte Sitzung eine Bergewaltung der sozialdemokratischen Minorität. Unsere Genossen hatten nämlich beantragt, daß die Finanzkommission, die an dem neuen Staatsbeamtenbesoldungsgesetz volle drei Wochen beraten hatte, ihren Bericht schriftlich an den Landtag geben solle. Das jedoch entsprach nicht dem Willen der zum Teil aus höheren Staats-beamten bestehenden Landtagsmajorität und so ließ diese den Antrag durchfallen. Unsere Genossen verließen hierauf als Protest den Landtag, da sie es nicht verantworten zu können vermeinten, daß diese den Staat um jährlich 172000 Mk. mehr belastende Vorlage in wenigen Stunden durchgepeitscht werde von demselben Landtage, der tank war gegen die nur zu be-rechtigten Klagen der armen Holzschneider und Schieferbruchs-arbeiter des Waldes.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Seipzig, 15. März. Ein sittiges Familienleben. Wegen des Verbrechens der Unterschande hatte sich der 35 Jahre alte Eisenhobler Max Adolf Winkler aus Dresden, zuletzt in Schnefeld wohnhaft, und seine 18 Jahre alte Stieftochter, die Fabrikarbeiterin Rosa Amalie Schneider aus Brunnhöbra, Winkler noch wegen Ver-gewalts gegen § 176,3 des Str.-G.-B. und schwerer Rupperei zu verantworten. Die Verhandlung vor der vierten Straf-kammer wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Unter Ausschluß mildernder Umstände wurde Winkler zu einem Jahr zehn Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, die Schneider zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Bei Winkler wurden ein Monat, bei der Schneider zwei Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe verrechnet. Aus der Begründung des Urteils ging hervor, daß Winkler, als seine Stieftochter noch nicht 14 Jahre alt war, mit ihr unsitt-liche Handlungen vorgenommen und sie als Jungfrau geschlecht-lich gebraucht hat. Außerdem hat er gebuhlet, daß der Geliebte der Sch., der Kellner K., dreimal in seiner Wohnung nachtligte und mit seiner Stieftochter intim verkehrte.

Dierzu zwei Beilagen.

Freitag den 18. März abends 7/9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

der sozialdemokratischen Partei

für den 12. und 13. Reichstagswahlkreis

im Saale der Centralhalle, Leipzig.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees.

Referenten:

Dr. Konrad Schmidt, Charlottenburg

Reichstagsabgeordneter Friedrich Geyer, Leipzig.

NB. Die Versammlung wird präzis 7/9 Uhr eröffnet, und ersuchen wir die Genossen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Das Agitationskomitee.

Wahlverein f. d. XII. sächs. Reichstagswahlkreis (Leipzig-Stadt).

Um den Mitgliedern des Vereins die Abführung ihrer wöchentlichen Beiträge so leicht wie möglich zu machen, werden jeden Sonnabend von 8-10 Uhr abends und jeden Sonntag von 11-12 Uhr vormittags in folgenden Lokalen Beiträge entgegen genommen:

- Restaurant Columbus, Körnerstraße 30.
- Kirchner, Brandvorwerkstraße 2.
- Ellenburg, Eisenstraße 31.
- Hecker, Kohlenstraße 28.
- Stadt Schneeberg, Südstraße 68.
- Coburger Hof, Windmühlensstraße 11.
- Bürgergarten, Brüderstraße 11.
- Beyer, Friedrichstraße 14.
- Jäger, Glödenstraße 4.
- Zahn, Ulrichsstraße 60.

- Restaurant Lässig, Gerlachsweg 20.
- Römischer Hof, Mittelstraße 11.
- Fritz Kassler, Gerberstraße 20.
- Henneberg, Berliner Straße 34.
- Goldenes Weinfass, Matthäikirchhof 20.
- Goldener Ring, Nikolaistraße 31.
- Zur Morgenröthe, Hauptmannstr. 7.
- City of Chicago, Alexanderstraße 5.
- Kohlisch, Wendelsplatzstraße 4.

Ferner werden noch in der Leipziger Volksbuchhandlung, Mittelstraße 6, und bei Paul Schiemann, Lagerhalter, Mansfelder Steinweg 32, in den üblichen Geschäftsstunden Beiträge entgegen genommen.

Im Interesse einer geregelteren Geschäftsführung liegt es, bei Entrichtung der Beiträge das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

An die Einzelmitglieder von Leipzig und Umgegend. Sonnabend den 19. März abends punkt 8 Uhr **Oeffentliche Versammlung im Coburger Hof.** Tagesordnung: Delegierten-Wahl zum Verbandstag in Göttingen. Das Mitgliedsbuch ist vorzubringen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. R. Geldel, Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes.

Sattler Leipzigs und Umg.

Sonnabend den 19. März 1898

Großes Winter-Vergnügen

in sämtlichen Räumen des Felsenkellers zu Leipzig-Plagwitz. Bestehend in Konzert, humoristischen und Gesangsvorträgen sowie Ball bis früh 3 Uhr. Das Konzert wird ausgeführt vom Neuen Leipziger Konzert-Orchester Günther Coblenz und unter gütiger Mitwirkung des Sängerkorps Laska. Einlass 7 Uhr. Programme im Vorverkauf à 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg., sind zu haben bei den Komiteemitgliedern, im Felsenkeller und im Verkaufsstelle der Sattler bei Schultz, Matthäikirchhof 29. Freunde und Genossen sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Komitee.

Allgem. Kranken- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis (E. H.).

Sonntag den 27. März punkt 1/4 Uhr nachmittags **Ordentl. General-Versammlung im Kaiserpark zu Gohlis (oberer Saal).** Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahr 1897 und Genehmigung desselben. 2. Neuwahl des Vorstandes und des Ausschusses. 3. Beschlußfassung über Entschädigung für den Vorstand und für die Krankenbesucher. 4. Antrag: Errichtung einer Zahlstelle. Der Vorstand.

Hierauf: Anschluß bzw. Fortsetzung der General-Versammlung der Mitglieder der Allgemeinen Kranken- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis. T. D.: Antrag: Umwandlung bzw. Gründung einer Unterstützungskasse mit Erwerbung der Rechte einer juristischen Person, im Sinne des Gesetzes vom 16. Juni 1898. Der Vorstand.

Naturheilverein L.-R. mit L.-Neustadt u. Umg.

Freitag den 18. März im großen Saal des Gasthof L.-Neustadt Vortrag des Samariters Herrn Nelschel über: Erste Hilfe bei Unglücksfällen mit praktischen Vorführungen. Gäste bei freiem Eintritt sehr willkommen. D. B.

Verein f. naturgem. Gesundheitspflege

Leipzig-Kleinzschocher. (E. G.) Freitag den 18. März abends 7/9 Uhr im Saale der Erholung bei Herrn Zehendorf Grosser öffentlicher Vortrag vom Naturarzt Ketzler aus Glauchau über Nahrungsmittel-Verfälschung. Hierzu ist eine reichhaltige Ausstellung arrangiert von gesunden und verfälschten Nahrungsmitteln. Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen. Der Vorstand.

Geld sparen — heisst Geld verdienen!

Ich empfehle als Ersatz für Naturbutter **Feinste Margarine** Marke FF à Pfd. 70 Pfg. Marke II à Pfd. 60 Pfg. **Schmelz-Margarine** zum Backen à Pfd. 70 Pfg. **Pa. Braten-Schmalz** à Pfd. 60 Pfg. **Mohren-Kaffee und Cacao** sehr billig. **Gebraunten Kaffee** à Pfd. 1 Mt. bis 1,70 Mt. **Felgen-Kaffee-Surrogate Corned-Beef.** Sämtliche Artikel in stets frischer Ware vorräthig im Special-Geschäft für den Verkauf von Fabrikaten aus der Fabrik von A. L. Mohr **Inh.: Emil Denkmann** L.-Plagwitz, Mühlenstr. 25. **Wolfsche Lokomobile** 4 Pferdekraft, weg. Vergrößerung spottbillig zu verkaufen. Im Betrieb zu sehen Dampfbohrerei Leipzig, Kohlgartenstraße 11.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Zilge in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinisch in Leipzig.

Arbeiter-Verein Taucha und Umgegend. Sonnabend den 19. März abends 7/9 Uhr **Mitgliederversammlung im Deutschen Haus.**

Sonntag den 20. März nachm. 7/9 Uhr **Ausflug n. Paunsdorf.** Pflicht eines jeden Genossen ist es pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

9 Mk. 25 Pfg. Erstlingsausstattung. eine komplette 6 Hemden 6 Hüben 6 bunte Windeln 3 Baroh.-Windeln 1 Wollschur 1 Leder 1 Stekbettsohn 1 Stekbettsohnbezug 1 Wagenkissen 1 Wagenkissenbez. 1 Leder **A. Berjak, Mühlberger Str. 22.**

Monatsgarderobe. Empfehle in reicher Auswahl allerfeinste **Frühjahrs-Paletots, kompl. Anzüge, Jacketts, Beinkleid. J. Kindermann, Salzgäßchen 9. NB. Eleg. Fracks und Gesellschaftsausgänge auch telweise. [1770]**

Cigarren, Cigaretten und Tabak empfiehlt **E. Kriebler, 2. Plagwitz** Melchiorstr. 81, Ecke Mühlenstr. NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jeberzeit entgegen genommen.

Achtung, Klempner!

Montag den 21. März abends 7/9 Uhr **Oeffentliche Versammlung im Coburger Hof.** Fortsetzung der Tagesordnung vom 15. März.

Turngesangsverein L.-Thonberg-Neureudnitz. Sonnabend den 19. März 1898 **XIV. Stiftungs-Fest** in Mehnerts Konzert- und Ballhaus, L.-Anger. Einlass 7/8 Uhr. — Anfang präzis 7/9 Uhr. Hieran ladet Freunde und Gönner freundlichst ein. Der Vorstand.

Groitzsch. Nächsten Sonnabend Zusammenkunft im alten Schützenhause zum Andenken an die

50jährige Wiederkehr des 18. März. Genossen und Freunde werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Der Vertrauensmann.

Restaurant Kaufhalle

Zimmerstraße **L.-Plagwitz** Zimmerstraße. Jeden Freitag und Sonnabend **Pökel-Schweinsknochen mit Klößen und Sauerkraut.** Jeden Freitag und Sonnabend **allgemeiner Skatabend.** Hochachtungsvoll **Gueno Schaubert.**

Restaurant O. Schindler, Kräfftiger Mittagstisch bei mus. Unterhaltung zu 50 Pfg. Sternwartenstraße 18. hilt. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

Adolph Vicke

Special- u. Versandgeschäft für Fabrikate aus der Fabrik **A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld Leipzig, Tauchaer Str. 1 L.-Neusellerhausen Wurzenener Strasse 38** empfiehlt

- Feinste Sahne-Margarine** in Geschmack und Nährwert gleich feinstem Butter, à Pfd. 50, 60, 70 u. 75 Pfg.
 - Feinstes Delikatess-Schmalz** garantiert rein ausgelassenes Schweinefett, auf Brot zu essen, à Pfd. nur 60 Pfg.
 - Mohren-Kakao** à Pfd. nur 1.60 Mt.
 - Mohren-Schokolade** à Pfd. nur 1 Mt.
 - Mohren-Kaffee** à Pfd. nur 60 Pfg.
- Mache speziell darauf aufmerksam, daß **frische Margarine** ohne Beigeschmack anderer Materialien nur in Special-Geschäften zu erhalten ist.

- Kinderwagen** mit Decke Mk. 15.—
 - Sportwagen** . . . Mk. 6.—
 - Leiterwagen** . . . Mk. 3.—
 - Reisekörbe** . . . Mk. 3.50
 - Kinderkörbe** . . . Mk. 3.—
 - Tragkörbe** . . . Mk. 2.75
- G. Boesecke, Lindenau Querstr. 4.**

Konfirmanden-Uhren

für Knaben und Mädchen. **Goldene** von 16 Mk an **Silberne** von 10 Mk an in größter Auswahl — billigste Preise, langjährige Garantie. [1787] **Goldwaren u. Opt. Artikel.** Reparaturen billigst unter Garantie. **R. Becker, Leipz., Mansf. Steinweg 38.** Leser dieser Zeitung 10% Rabatt.

Nähmaschinen

aller Systeme unter 5jähriger schriftlicher Garantie. **Umschiffen der Viktorina Nähmaschine.** Gebrauchte **Singer** von Mt. 15.— an. Reparaturen gut und billig. Erlernen der modernen Kunstnäherei gratis. [328] **Petersstraße 34, Hof „Drei Könige“.** **Hermann Schube.** Special-Geschäft für Nähmaschinen.

S immer elegant S

u. bill. können sich alle Herren kleiden. Neue und getragene Herren-Garderobe, Anzüge, Fracks, Hosen, Sommerpaletots, Konfirmanden- u. Gesellschafts-Anzüge verkauft und verleiht [2021] **S. E. Brandt, I. Große Meißnergasse I.** **Wädel, Spiegel, Postkarten** kauft man solid und billig bei **Eduard Walther, Lindenau, Werfch. Str. 48.**

Bettstellen

mit Matraz, von 24 Mt. an. Alle anderen Wädel billigst. [1472] **Lendel, Lindenau, Hermannstraße 16.**

Henrik Ibsen.

(Geboren am 20. März 1828.)

Was man in der Jugend wünscht, hat man im Alter in Fülle. Vor mir liegen zwei Photographien. Die eine zeigt ein Eckhaus in dem Stadtviertel Christiania, wo die Armut wohnt, einen niedrigen Bau, dessen Aeusseres darauf hindeutet, daß man im Innern enge, brüchige Treppen steigen muß und niedrige, unfreundliche Zimmer findet. Die andere Photographie zeigt ein großes, modernes Gebäude mit hohen Fensterreihen, an breiter Straße gelegen, ein Haus, in dem die Armut nicht hausen kann.

In dem alten, grünlichen, armseligen Hause wohnte Henrik Ibsen, als er, 22 Jahre alt, im Jahre 1850 nach Christiania kam, das Manuskript seines ersten Dramas und eine geringe Barschaft in der Tasche, um sich für das Universitätsstudium vorzubereiten. In dem modernen Prachtbau richtete er sich ein, als er ruhmbelehnt nach langer Abwesenheit wieder in die Heimat zurückkehrte.

Aus dem bettelarmen Studenten, der eines Tages, als die Not am größten war, die ganze Auflage seines ersten Wertes zum Händler trug und sie als Makulatur verkaufte, ist ein weltberühmter, wohlbegitteter alter Herr geworden, der den Dichterruhm, den er in der Jugend ersehnte, sich eringen hat, und dem man ehrenbleibig Platz macht, sobald sich seine charakteristische Gestalt auf der Straße zeigt.

Es ist ihm nicht leicht geworden, so weit zu gelangen. In seine frühesten Jugend fällt eine plötzliche Umwandlung seiner Lebensverhältnisse. Die ersten acht Jahre seines Lebens war er in der kleinen norwegischen Küstenstadt Slagen das Kind eines angesehenen Kaufmanns, der selbstbewußt auf großem Fuße lebte und zu den Honoratioren des kleinen Ortes gehörte. Da mit einmal, als das Geschäft des Vaters zusammenbrach, wurde er das Kind eines verarmten, bankrotten Mannes, der nur mühselig sich und seine Familie über Wasser halten konnte. Dem scharfen Verstande des Knaben ist sicherlich die veränderte Stellung nicht entgangen, die er und sein Vater jetzt in der Gesellschaft der kleinen Stadt einnahmen. Mühte er doch zu Hause hören, daß nunmehr selbstverständlich nicht daran gedacht werden könnte, ihn studieren zu lassen, und daß er nach seiner Konfirmation selber sehen müßte, wie er weiter vorwärts käme.

Aus den engen Verhältnissen der Vaterstadt kam er dann in die engen Verhältnisse von Grimstad, wo er als Apothekerlehrling ein bescheidenes Dasein führte. Wenn er da mit seinen Ideen herausplante und begeistert von den revolutionären Ereignissen im Auslande, seine unstützlichen Gedanken entwickelte, so rümpften die guten Bürger die Nasen über den jungen Herrn Ibsen, der gefälligst bei seinen Salben und Pillen bleiben sollte.

Aber der junge Ibsen war aus gutem Holze; er hielt stand. Die Mondscheingebeichte, die er zuerst zur Freude der Damen verfaßt hatte, genügten ihm bald nicht mehr, und er wählte zum Gelde seines ersten Dramas den unsüßlicher Catalina, der das verkaufte römische Staatswesen stürzen wollte, wie sie damals im Auslande daran waren, morsche Staatsformen zu zertrümmern. Er setzte auch seinen Kopf durch und ermöglichte es, daß er nach Christiania ziehen konnte, um zu studieren.

Zu der Großstadt aber war der revolutionäre Student bald ziner der Revolutionäre. Mit zwei Freunden zusammen versuchte er sich als Herausgeber eines satirischen Blattes, das led nach links und nach rechts hieb und allen Parteien in gleicher Weise zu Leibe ging. Hier wurde er Mitarbeiter an dem Arbeiterblatt, das die Interessen der eben entstehenden Arbeiterbewegung vertrat und bald mit den Besessenen in Konflikt geriet.

Daneben reifen neue dichterische Pläne in seinem Kopf. Ein Stück, das Hünegrab, kommt auf die Bretter. Es hat zwar keinen Erfolg, aber das Selbstgefühl des jungen Mannes ist bald so stark, daß er beschließt, ganz seinem Schriftstellerberuf zu leben und das Studium aufzugeben.

So viel Anerkennung erlangt er sich, trotzdem sein Drama durchgefallen ist, doch bald, daß er 1851 als Dramaturg an das neugegründete norwegische Theater zu Bergen und später in gleicher Eigenschaft nach Christiania kommt. Unermüdetlich schafft, lebt er in engen Verhältnissen. In Bergen schreibt er Jahr für Jahr, wie er sich verpflichtet hat, sein Schauspiel und lernt die Bühne in praktischem Wirken kennen. Kaum eine Spur von dem Ibsen der späteren Zeit ist in

der damaligen Produktion zu spüren. Er ringt mit der Form. Stand er in seinem Erstlingswerk unter dem Einfluß Oehlenschlägers, des Hauptes der dänischen Romantiker, so löst er jetzt nach einem neuen künstlerischen Ausdruck für seine Ideen.

Im Gefolge der Romantik ist in Norwegen das Interesse an der Volkspoesie erwacht. Volkslieder und Volksmärchen werden gesammelt, und Ibsen meint eine Zeitsang, in dem Stil der volkstümlichen Romane den dramatischen Stil gefunden zu haben. Dann wirkt die altnordeische Prosalitteratur auf ihn ein, und nun scheint ihm der knappe, wortkarge, kirrende Stil der altskandinavischen Saga der Stil für das norwegische Drama zu sein. So vollzieht sich in ihm die Wandlung von dem Dichter des Festes auf Solhaug bis zu dem Dichter der Nordischen Seefahrt und endlich dem reifsten Werke seiner ersten Periode, der Kronprätendenten.

Mit all diesen Dramen segelt er durchaus im nationalen Fahrwasser und hält zu seinem Teil mit, daß die junge norwegische Kultur sich von dem dänischen Einfluß frei macht, von dem sie sich seit dem Jahre 1814, wo Norwegen zu Schweden kam, allmählich löst.

An dem politischen Leben der Zeit hat er regen Anteil. Aber jetzt, wo das bishigen revolutionäre Bewegung im Norden längst verstummt ist, steht in seinem Gedankenkreis die gemein-skandinavische nationale Bewegung im Vordergrund. Es ist die Zeit, da hohe Reden von der Verbrüderung der drei skandinavischen Völker gehalten werden. Ibsen ist es blutig ernst mit dem Skandinavismus, und es trifft ihn wie ein Donnererschlag, als all die schönen Reden keine Thaten zeugen und Dänemark wieder von Schweden noch von Norwegen unterstützt wird, als es im Jahre 1864 sich mit Preußen messen muß.

Die Enttäuschung, die Ibsen bei dieser Katastrophe bekommt, wirken härter auf ihn als auf alle anderen zeitgenössischen Schriftsteller. Seine persönlichen Verhältnisse sind trauriger Art. Kein Stuhl in seiner Wohnung, der nicht gepolstert wäre. Und wie es scheint keine Aussicht, daß seine Stücke auf der Bühne heimlich werden. Er hat mit den kleinlichsten Nebakeln zu kämpfen. Die Christianiaer Spießbürger sehen auf ihn herab, wie auf ein verunglücktes Gemi. Nun noch der Ekel an den politischen Zuständen. Da kommt in ihm die Stimmung zu stehen, die ihn die Einsicht herbeiwünscht, daß alles hinwegschwemmt; da fällt das berühmte Wort, daß er, um gründlich aufzuräumen, die Bekarde unter die Arche legen möchte, die sich aus der Flut retten würde.

Es ist noch ein Stück für ihn, daß er mit dem Drama, das den Kronprätendenten folgt, einen Sturm der allgemeinen Entrüstung erregt. In seiner Komödie der Liebe kommen zum erstenmal die Anschauungen klar zu Worte, die sich später in seinen Werken immer weiter ausgebildet haben, und das Publikum spürt die starke Persönlichkeit des Dichters und seht sich zur Wehr gegen den bitteren Beobachter, der das leichte, sentimentalische Geschwätz der Spießbürger von der Liebe verhöhnt. Ibsen wird doch wenigstens angegriffen und nicht bloß beiseite gesetzt.

Wieder tritt gleichsam über Nacht ein Wechsel ein. Der angefeindete Mann wird plötzlich ein gefeierter Mann. Mit Mühe und Not haben die Freunde es durchgesetzt, daß dem verbittern Mann ein Respektivendium gegeben wird, und nun sendet er aus der Ferne, aus Italien, zwei Dichtungen nach dem Norden, die ein für allemal seinen Dichterruf befestigen, den Brand und Per Gynst. Sie bezeichnen den Höhepunkt seiner dichterischen Kraft. Niemals wieder hat er den hinreißenden Schwung in Sprache und Gedanken erreicht, der diesen Werken eine Sonderstellung in seiner Produktion schafft. Es ist, als ob plötzlich draußen in der Fremde die Flut seines Empfindens ihn in die höchsten Höhen schnellen sollte.

Ibsen war aus der Heimat gegangen, angeleitet von den politischen Zuständen, wie sie sich namentlich im Jahre 1864 zeigten, und die Diagnose, die er Norwegen stellte, war die, daß es verkommen war an dem Mangel an Persönlichkeit. Hier im Brand schuf er nun das Idealbild einer Persönlichkeit, wie sie nach seinem Herzen war. In Slagen war er einem Pfarrer begegnet, der seinen persönlichen Glauben dem der Staatskirche entgegengesetzte. In Dänemark hatte Sören Kierkegaard gleichzeitig einen Sturm gegen die dänische Staatskirche unternommen. Ibsens Brand wird zur Ibsenfigur eines solchen Theologen, der alle offiziellen Bande sprengt und ein Geschlecht von Knechten mit sich fortreißen will, aber er wird mehr als ein Theolog, er wird die Personifikation der Eigenschaften, die

Ibsen beim norwegischen Volke vermischte, wie sein Biograph gelegentlich die Figur treffend charakterisiert hat.

Dagegen ist Per Gynst, der Held des zweiten Dramas, die Personifikation der Eigenschaften, die Ibsen an seinem Volke bekümmern, die personifizierte Charakterlosigkeit, die wohl „denken, wünschen, wollen“, aber nicht handeln kann. Unter dem Einfluß der Romantik ist in Per Gynst die Phantasterei zu üppigster Blüte gediehen und hat alle anderen Kräfte verkümmern lassen. Er ist alles nur halb und läßt sich von seiner Phantastie biegen wie ein schwankes Rohr, er ist das Ideal von einem Norweger des Jahres 1864, der nur Phrasen, keine Thaten kennt.

Mit dem Erfolg dieser beiden Versdramen war Ibsen ökonomisch gesichert; aber die günstige Wendung in seinem Leben brachte sein Schaffen nicht in eine andere Bahn. Aus dem Zigeuner, der sein Aeusseres vernachlässigt hatte, wurde zwar ein Herr, der auf seine Kleidung die größte Sorgfalt verwendete. Aber das Leben, das er 40 Jahre lang hatte führen müssen, hatte seinen Blick für die Schäden der bestehenden Ordnung so geschärft, daß sie nun nicht noch lernen konnten, milder dreinzusehen. Im Gegenteil ging nun seine Kritik in der Form direkter vor und traf in der Reihe von Dramen, die er von 1869 bis Ende der 80er Jahre veröffentlicht hat, nur noch sicherer.

Die Komödie der Liebe, Brand und Per Gynst sind noch in Bergen geschrieben. Jetzt schreibt er seine Dramen nur noch in Prosa. Nach der gründlichen Abrechnung mit der Romantik in Per Gynst bekommt Ibsens dramatische Produktion einen wesentlich anderen Charakter. Er wird zum Naturalisten.

Vom Bund der Jugend ab reden seine Personen die Prosa des Alltags. Sie sind nicht mehr Idealfiguren, sondern Menschen von Fleisch und Blut. Die Wahrscheinlichkeit der dramatischen Handlung hält sich streng innerhalb der Grenzen der Wirklichkeit.

Es zeigte sich, daß Ibsens Angriffe in dieser Form viel schärfer waren als vorher. Als er im Bund der Jugend einen kleinen Per Gynst in Lebensgröße auf die Bühne brachte, den radikalen Politiker Stensgaard, der „in Gefühlen und Stimmungen etwas ganz anderes ist als im Wirken und Handeln“, da ging wieder einmal ein Sturm der Entrüstung los. Die akademische Jugend pfiff und lärmte im Theater, weil sie meinte, daß Ibsen den radikalen Ideen untreu geworden war, und der Dichter war nicht wenig erstaunt, daß man ihm, der immer außerhalb der Parteien gestanden hatte, Abtrünnigkeit vorwerfen konnte.

In den nächsten Jahren nach Veröffentlichung des Bundes der Jugend war Ibsen wenig produktiv. Wieder war es ein politisches Ereignis, das sein ganzes Denken erschütterte. Diesmal der 70er Krieg. Im Jahre 1865 hatte er unter dem Einfluß von Lincolns Ermordung das Zusammenbrechen der bestehenden Ordnung prophezeit. Das Römerreich war einst zusammengebrochen, als das „Römerverbrechen“, „von Pol zu Pol“ sich ausgebreitet hatte. Barbaren hatten die Verjüngung gebracht. Nun stand auch ihr Reich vor dem Verfall; wieder stand eine Zeit der Verjüngung bevor. Dieser Glaube an das Nahen eines dritten Reiches saßte fester Wurzeln in Ibsens Denken unter dem Einfluße der Ereignisse von 1870/71. Der Sieg der Herren Bismarck und Moltke schien ihm ein Sieg der Zahlen und der kalten Berechnung. Die damit zusammenhängende Verneinung der Persönlichkeit schien ihm ein Beweis, daß eine totale Umwälzung kommen mußte. Dieser Gedankengang brachte ihm einen Stoff wieder näher, den er schon vor Per Gynst hatte bearbeiten wollen, den Untergang der antiken Welt und der Sieg des Christentums. So entstand das weltgeschichtliche Doppel drama Kaiser und Galiläer, in dem Ibsen seine Ideen vom Gang der Weltgeschichte darstellte. Der antiken Welt folgt die Herrschaft des Christentums, und dieser das dritte Reich, das Kaiser und Galiläer verkörpern wird.

Nach diesem Absteher in die Geschichtsphilosophie bog Ibsen wieder in die Bahn ein, die er mit dem Bund der Jugend betreten hatte. Er war nach der Veröffentlichung des weltgeschichtlichen Schauspiels in der Heimat gewesen und bitter enttäuscht worden. Alles kam ihm eng und klein vor im Verhältnis zu der großen Welt. Ein Gedanke besonders schlug in ihm ein. Sah er das Treiben der Jugend in Norwegen und Schweden, so schien es ihm, als ob da alle abgestorbene Ideen in den Köpfen der jungen Leute umgingen. Er hatte z. B. vor 1864 die Idee des Skandinavismus in voller Blüte und Kraft gesehen; nun sah er diese abgestorbene Idee, die 1864 den Todesstoß empfangen hatte, noch weiter spulen. Das war nichts für den Dichter; denn „Dichtertum ist es, neue Zeiten einzufangen“.

Dieser Gedanke von den toten Ideen, die als Gespenster fortwirken und eine gedeihliche, kräftige Weiterentwicklung hemmen, ließ ihn in den nächsten Jahren nicht los. Er versuchte ihn auf immer weiteren Gebieten. Er trat nunmehr an die die moderne Gesellschaft beherrschenden Ideen heran, kloppte an sie mit prüfendem Finger und lauschte, ob sie hoch klangen. Und wo er klopfte, klang es hoch. Man sprach von der festen moralischen Grundlage, auf der die spießbürgerliche norwegische Gesellschaft sicher basierte und wies die neuen Gedanken, die draußen aufsprössen, die Gedanken der Darwin, Taine, Stuart Mill als unästhetisch und gefährlich ab. Ibsen zeigte, daß die Stützen der norwegischen Gesellschaft morsch und faul seien. Man sprach von der Heiligkeit der Ehe und dem Beruf des Weibes als Hausfrau und Mutter. Ibsen zeigt den Sumpf der Ehe, donnerte gegen die Unterdrückung der Frau, seht ein Fragezeichen hinter alles, was dem Philister am Familienleben heilig ist.

Die Aufregung über diese dichterische Kritik stieg in Norwegen von Stück zu Stück. Das Unbehagen an den Stützen der Gesellschaft wurde abgelöst von dem Vergnügen über Nora und dieses von dem Entsetzen über die Gespenster. Es brach wieder einmal ein Sturm los gegen Ibsen und ein Sturm, der stärker war als alle vorher. Und diesmal beschränkte sich die Aufregung des Publikums nicht auf Norwegen, diesmal verpflanzte sie sich über Europa, namentlich nach Deutschland.

Bei uns sind diese Dramen bedenklich geworden als kräftige Anregungen zur dichterischen Produktion. Was den Sturmern und Drängern des vorigen Jahrhunderts Shakespeare war, das ist den jungen Sturmern und Drängern von 1885—1890 Ibsen gewesen, und zwar sowohl was den Stoff als was die Form anlangt. Die Holz, Hauptmann, Havelleben, Salbe sind gar nicht zu denken ohne den Ibsen dieser sozialkritischen Dramen, wenn sie allmählich auch alle nach Stoff und Form über Ibsen hinausgegangen sind.

In den Stücken, die den Gespenstern folgen, zeigen sich nun wesentliche Weiterbildungen in Ibsens Gedankenwelt und in der künstlerischen Form. In dem Volksfeind, mit dem er seiner Widersachern antwortete, zeigt sich das noch nicht so deutlich,

Kleine Chronik.

Leipzig, 17. März.

Altes Theater. Im kleinsten verrät sich oft der Meister am besten — diese alte Wahrheit fand ich gestern im Alten Theater bestätigt. Es ist gewiß keine Hexerei, einen so liebenswürdig-harmonischen und unbedeutenden Charakter, wie Baron G. Locella's Friedensstifter, zu inszenieren. Aber wenn das Lustspiel, statt Herrn Adler, etwa Herrn Vorherber in die Hände gefallen wäre, ich glaube doch, es hätte ein ganz anderes Gesicht gehabt. Ich rede gar nicht von der behaglichen Häuslichkeit, die wir gestern auf der Bühne sahen, diesem Turletaubenneß, in dem zur Zeit der Tauerich den Strohwitwer spielen muß; nein, ich meine lediglich die ungezwungene Art und Weise, wie sich die Personen auf der Bühne bewegen, unbekümmert darum, ob sich etwa ein hochweiser Herr Zuschauer darüber beklage, daß sie ihm den Rücken zudreihen und sich mit ihrem jeweiligen Partner und nicht mit dem Publikum unterhalten. Herr Adler jahre nur so fort, mit dem alten Bühnenschändrian, der sich aus lauter solchen schneidbaren Kleinigkeiten zusammensetzt, aufzuräumen; er kann des Vorfalles aller Kunstverständigen sicher sein.

Locella's Charakter, den wir gestern zum erstenmal auf der Bühne sahen, ist eine so harmlose eheliche Schmolz- und Veröhnungsszene, daß es sich kaum lohnt, den Inhalt zu erzählen. Helene Staren hat ihren Mann verlassen, weil sie sich über ein früheres Liebesverhältnis des ehemaligen Junggesellen empörte. Starens Bekannte und Verwandte glauben, sie sei in die Sommerfrische gereist. Am Geburtsstige ihres Mannes kehrt sie plötzlich zurück, nicht etwa, um zu gratulieren, sondern weil ihr alter Vater, der ins Bad reist, dem jungen Ehepaar einen kurzen Besuch angekündigt hat. Da der kränkliche alte Herr von kleinen Preis etwas von dem Bewußtsein der Gatten erfahren darf, verabreden die beiden Unversöhnlichen, ihm die Komödie ihres Eheglücks vorzuspielen. Allein der geprügelte Alte streut, ohne es zu wissen, in seine Erzählungen und Erinnerungen so manchen treffenden Witz und so manche gute Lehre ein, daß zum Schluß, wie er wieder zur Thür hinaus ist, die gerührte Helene ihrem Mann in die Arme sinkt. Sie will es halten wie die Mutter und ihrem Gatten seine „kleinen Schwächen“ verzeihen. Aber wenn sie selber auch an solchen „kleinen Schwächen“

leiden würde, was dann? Auf diese Frage bleibt die heutige bürgerliche Moral wohlweislich die Antwort schuldig.

Gespielt wurde frisch und flott. Herr Stephany und Frau Frank waren ein recht ergötliches Ehepaar, und Herrn Krause war die Rolle des gutherigen Schwiegervaters wie auf den Leib geschrieben. Herr Guth als Starens Freund zeichnete sich durch natürliche Ungewöhnlichkeit aus, und Herr Thiele gab dem treuen Hausierer und Erbskinder, dem Diener Franz, einen gewissen aristokratischen Anstrich.

xy. Henry Bessemer †. Western ist in London Sir Henry Bessemer gestorben, einer der hervorragendsten Revolutionäre der Technik. Er hat der modernen Stahl- und Schmiedeeisenindustrie auf großer Stufenleiter die Wege gewiesen. Bessemer, geboren 1813 in Hertfordshire, war ein geborener Erfinder, der mit eisernem Fleiße und erstaunlicher Thakraft in der Schriftgelehrte, auf dem Gebiete der Eisenbahnrennen, des Glasgewerbes u. s. w. neues schuf.

Das Jahr 1856 aber machte Epoche. Er kündigte der British Association seine Erfindung der Flußstahlerzeugung an, die die ganze Stahlindustrie umwälzte.

Er hatte schon zahlreiche Patente genommen und sich ein bedeutendes Einkommen durch sie gesichert, als er daran ging, ein Verfahren auszuarbeiten, um Roh Eisen möglichst rasch dadurch in Schmiedeeisen zu verwandeln, daß er die Beimengungen, deren Zufug reinen (schmiedebaren) Eisen den Charakter des Roh- oder Gußeisens verleihen, durch energische Luftzuführung zu verbrennen sucht. Nach jahrelangen, sehr kostspieligen Versuchen gelang ihm dies dadurch, daß er durch ein Bad von geschmolzenem Roh Eisen, das sich in einem birnenförmigen, mit feuerfesten Quarziegeln ausgeklebten Gefäß befand, einen starken Luftstrom presste, der die Verbrennung des Siliciums und des Kohlenstoffes so energisch bewirkte, daß die Temperatur des Metallbades um mehrere Hundert Grad stieg, und das gebildete, höchst strengflüssige Schmiedeeisen beim Klappen, des drehbar aufgehängten, Gefäßes ausfließen konnte.

Dem Bessemer-Verfahren verbanten die Eisengewerke in erster Linie ihren technischen Aufschwung, das Verkehrsweisen die wohlfeile Massenerzeugung der Schienen.

Heute ist das Verfahren verbessert durch die gentale Erfindung der Ingenieure Gilchrist und Thomas, die Thomaserzeugung, die es ermöglicht, das Roh Eisen im Bessemerkonverter zu entphosphoren.

wenn auch der letzte Verlegenheitsakt auf ein Nachgeben in der Strenge der Kritik schließen läßt. Aber klar zeigt sich der Umschwung in einer der tiefsten Dichtungen Ibsens, der *Wildente*, in der neben die scharfe Kritik ein Geist des weisen Verstehens tritt, wie er dem Gesehnerten eigen ist. Wie, wenn nun die Däuge, die eine starke Persönlichkeit wie Brand von sich weist, armen Durchschnittsmenschen hilft das Leben zu ertragen? Es tritt neben den Moralisten, der streng auf seinen Schein besteht, der weiserfahrene, milde urteilende Mann, der weiß, daß man an schwache Menschenkinder nicht die höchsten Anforderungen stellen kann. Daher fehlt allen den Ibsenschen Stücken von der *Wildente* an die starke agitatorische Kraft, die den früheren eigentümlich war.

Ein Kreis hat die Nebelka West in Rosmersholm gezeichnet, deren wilde, selbstherrliche Kraft zerbröckelt, sobald die Liebe zu dem in einer gebundenen Gedankenwelt lebenden Rosmer sie zwingt, sobald sie sich kraft ihrer Liebe seiner Gedankenwelt anpaßt. Ein Kreis hat die Elida Wangel gezeichnet, die sich allmählich den Kreiseln anpaßt, in die sie geraten ist. Das Urteil des Kreises Ibsen ist hart über die auf dem Boden der Konvention groß gewachsene Hedda Gabler, die sich nicht anpassen kann. Ein Kreis ist es, der in *Bannerfests* Solnes wehmütig und resigniert das Herannahen eines jungen Geschlechts mit robustem Gewissen spürt.

Ein Kreis ist es auch, der jetzt immer mehr symbolistische Elemente in seine Wirklichkeitsdichtung eindringen läßt, Gestalten, die blutlose Gedankengeburt sind. Ein Kreis ist es, der sich in seltsamen Reden gefällt, deren geheimnisvoller Ton nicht zu ihrer Tiefe stimmt.

Aber eines hat dieser Kreis noch, was der Jüngling gehabt hat wie der Mann, die künstlerische Ehrlichkeit, die den Willen zur Kunst hat, wenn ihn auch die Kraft verlassen sollte. Er ist von Jugend auf nicht der Mann gewesen, der Konzeptionen an den Publikumsgehmach gemacht hat.

Es bleibt ihm der Ruhm, den er sein Leben lang am höchsten geschätzt hat, der Ruhm einer ganzen Persönlichkeit.

Gustav Morgenstern.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

(Sitzung vom 16. März 1896.)

Nach der nur wenige Minuten in Anspruch nehmenden **gemeinschaftlichen Sitzung** des Rates und der Stadtverordneten, in der die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen durch Zuzuforgeworbenen wurden, eröffnete der **Vizevorsitzer Meyer** die Sitzung mit einem kurzen **Registrandenvortrag**, aus dem nur der Eingang einer die **Ferien an den Volksschulen** betreffenden Ratsvorlage zu erwähnen ist.

Danach wurde dem Verkauf des an der Fregestraße gelegenen **Vauplazes Nr. 10** zum Preise von 36 Mk. pro Quadratmeter zugestimmt.

Die **Eingabe des Hausbesitzervereins Leipzig-Südost**, die Wohnstätten für **Gymnastiker** in verschiedene Stadtteile zu verteilen, wird als durch die frühere Beschlußfassung über Errichtung eines massiven **Gymnastikenhauses** in Thonberg erledigt betrachtet. Der Referent, **Vizevorsitzer Pfeiffer**, teilt mit, daß im Ausschuss die große Kindersterblichkeit in den **Gymnastikensprachen** gebracht und verlangt worden sei, der **Gesundheitsausschuss** möge sich mit dieser Erscheinung beschäftigen. — **Stadttrat Hentschel** erklärt, die Zustände seien nicht so mißlich, alles sei wunderbar und die Luft gesund. — **Stadtv. Lange** erklärt sich bereit, die Namen von 15 verstorbenen Kindern zu verlesen; 17 Kinder seien jetzt noch in Behandlung. Im **Gymnastikensprache** zu Lindenau werde über starke **Fruchtlosigkeit** geklagt. — **Stadttrat Hentschel** erwidert, der Arzt besuche das **Gymnastikensprache** jeden Tag. Gestern noch habe **Medner** gefragt, wie es mit dem **Gesundheitszustand** stehe. Da sei ihm erwidert worden, daß alles gesund sei. — **Stadtv. Pinkau** macht auf die schlechte **Verhütung** der zum **Gymnastikensprache** führenden Wege aufmerksam und regt an, für die **Aufbewahrung** der jetzt an den **fenchenden Wänden** hängenden **Kleidungsstücke** einen geeigneteren Ort zu beschaffen. — **Bürgermeister Dr. Tröndlin** teilt mit, daß die **Verbesserung** der Wege bereits angeordnet sei. Der **Uebelstand** der **Fruchtlosigkeit** werde mit der **Errichtung** eines festen Hauses beseitigt werden. Die **gesundheitlichen Verhältnisse** gingen in diesem Falle übrigens nicht den **Gesundheitsausschuss**, sondern die **Vaupolizei** an. Der **Rat** sei aber dankbar für die **gegebenen Anregungen**.

Die **Rechnung der Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg** auf das Jahr 1896 wird richtig gesprochen.

Herr Bjarre Schulte hat um **Erhöhung seines Wohnungszuschusses** von 900 Mk. auf 1200 Mk. nachgesucht, der **Rat** aber hat beschlossen, ihm 300 Mk. für **Seelsorge an die Gymnastiker** in den **Paraden** zu bewilligen. Der Referent empfiehlt die **Ratsvorlage** zur **Annahme**. Im Ausschuss sei nur von einer Seite dagegen angeführt worden, daß ein **Verhältnis** für **besondere Seelsorge** nicht anzuerkennen sei, zumal die **Gymnastiker** die **Thonberger Kirche** in nächster Nähe hätten. Auch empfahl es sich für die **Stadt**, **energisches** für das **leibliche Unterkommen** der **Gymnastiker** zu sorgen, statt für ihr **Seelenwohl**. Die **Ratsvorlage** wird gegen die **Stimmen** der **Sozialdemokraten** angenommen.

Wichtig gesprochen wird die **Rechnung über das Krankenhaus zu Leipzig-Blagwitz**.

Bei der **Eingabe des Elster-Vassiu-Komitees**, die **Ausschreibung einer Konkurrenz** über die **spätere Ausnutzung** des für die **Anlegung von Elster-Vassiu** in **Aussicht** genommenen **Terrains** betreffend, beantragten **Defonomie**, **Vau-** und **Finanz-****ausschuss**: bei dem **Rate** anzufragen, wie weit die **Angelegenheit** **gediehen** ist? und hierbei dem **Rate** die **Eingabe zur Kenntnisnahme** zu überweisen. Der Referent bemerkt hierbei, daß **Geheimrat Hofmann** im **Gegensatz** zum **Bezirksarzt Dr. Siegel** **gesundheitliche Gefahren** aus der **Anlage von Elster-Vassiu** nicht erwartet. — **Stadttrat Lampe** teilt mit, daß der **Rat vom Ministerium** die **Zuweisung von Wasserbauschneidern** **verlangt** habe, um in dieser **Frage** zu einer **Entscheidung** zu gelangen. Im **Jannar** sei eine **ministerielle Verordnung** erschienen, durch die die **hiesige Wasserbauinspektion** **angewiesen** worden sei, sich der **Arbeit** zu **unterziehen**. — Die **Ausschussanträge** werden **einstimmig** angenommen.

Zu den **Mitteilungen des Rates** auf den **Antrag des Kollegiums** zu der **Eingabe** **hiesiger Fuhrwerksbesitzer** und **Speditoren**, die **Freigabe der Geleise der Straßenbahnen für alles Lastverkehr** betreffend, mit dem **Erwähnen**, es bei den **einschlagenden Bestimmungen** der **Betriebsordnung** **beruhen** zu lassen, faßt das **Kollegium** **Verurteilung**, **ersucht** aber den **Rat**, die **Straßenbahngesellschaft** zur **Verlegung der Geleise** in der **Münzberger Straße** auf der **Strecke** von der **Königs-** bis

zur **Sternwortsstraße**, und **ganz** von der **Mitte** der **Straße** nach **einer** Seite zu **veranlassen**.

Die **Volksschulen** in **Grätzsch** und **Wohlis** sind **überfüllt**, so daß **schon** ein **Teil** der **Schüler** nach **anderen** Schulen **abgeschoben** werden mußte. Da **nun** die **hohe** Zahl der in diesen **Stadtteilen** **angemeldeten** **Bauten** ein **weiteres** **Wachstum** der **Schülerzahl** **erwarten** läßt, sollen für **Schulneubauten** in dieser **Gegend** **Baupläne** **gefordert** werden. Das **Kollegium** **stimmt** dem **Ankauf** eines **9500** **Quadratmeter** **großen** **Kreals** in **Wohlis** **zur** **Flur** zum **Preise** von **19** **Mk.** pro **Quadratmeter** und eines **9000** **Quadratmeter** **großen** **Baublockes** zum **Preise** von **14.50** **Mk.** pro **Quadratmeter** zu.

Stadt. **Jähne** referiert über die **Vorlage** betr. die **Ferien an den Volksschulen**. Als im **Jahre 1882** die **Dauer** der **Sommerferien** von **3** auf **4** **Wochen** **verlängert** wurde, sei vom **Ministerium** zur **Bedingung** **gemacht** worden, daß die **Oster-** und **Pfingstferien** **nur** bis zum **Mittwoch** der **betr.** **Woche** **dauern** dürften. **Anderwärts** sei diese **Bedingung** für die **Ausdehnung** der **Sommerferien** **nicht** **gestellt** worden. **Namentlich** zur **Reinigung** der **Schulen** **empfiehlt** es sich, auch in **Leipzig** die **Oster-** und **Pfingstferien** **bis** zum **Sonnabend** der **den** **festen** **folgenden** **Wochen** **dauern** zu lassen. Das **Kollegium** **stimmt** der **Ausdehnung** zu, zu der das **Ministerium** **noch** seine **Genehmigung** zu **erleiten** hat.

Es folgte noch eine **nichtöffentliche** Sitzung.

Die **Einführung** des **neugewählten Stadtrats Weber** (jetzt in **Altenburg**) wird am **2. April** erfolgen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. März.

Verboden sind **nun** auch von der **Amtshauptmannschaft** die **Märzfeierlichkeiten** in **Stötteritz** und **Wahren**. Die **Amtshauptmannschaft** hat also das **Beispiel** des **Leipziger Polizeiamts** **nachgemacht**. Als **Dritter** im **Bunde** **erscheint** **nun** auch der **Leipziger Rat** auf der **Bildfläche**. Er hat die **Genehmigung** zu dem **musikalischen** **Teil** der **Märzfeier** **verweigert**. Die **Quittung** **darüber** wird am **Wahltag** **ausgestellt**.

Die **Reichstagswahlkandidaten** für **den 12. und 13. sächsischen Wahlkreis** werden **morgen** **abend** in der in der **Centralhalle** **staltfindenden** **Parteiversammlung** vor den **Leipziger Genossen** **sprechen**. Auf **einen** **starken** **Besuch** **darf** **von** **vornherein** **gerechnet** **werden**. Die **Versammlung** **beginnt** **pünktlich** **7/8** **Uhr**, **weshalb** **sich** **die** **Genossen** **und** **Genossinnen** **rechtzeitig** **einfinden** **wollen**.

Der **Abdruck** von **Kunsten** zu **Geldsammlungen** für die **Hinterbliebenen** der in der **Beche** **Verunglückte** **Karolinenstraße** bei **Bochum** **verunglückten** **Bergleute** in **sächsischen** **Zeitung** ist vom **Ministerium** des **Inneren** **genehmigt** **worden**. Den **Sozialdemokraten** in **Dresden** wurde es im **vorigen** **Herbst** **nicht** **erlaubt**, für die **Opfer** der **Bochwasserfatastrophe** **zu** **sammeln**.

Zu **einer** **strengen** **Kontrolle** der **Verkaufsgeschäfte**, **Lager- und** **Fabrikräume**, in denen **Margarine** **selbst** **hergestellt** **oder** **hergestellt** **wird**, **weist** **das** **Ministerium** **des** **Inneren** die **Polizeibehörden** in **einer** **Verordnung** an, damit **bei** **den** **bestimmten** **Gewerbetreibenden** **das** **Bewußtsein** **wach** **erhalten** **werde**, daß **ihre** **geschäftliche** **Tätigkeit** **einer** **aufmerksamen** **Ueberwachung** **unterstehe**.

Die **Veranstaltung** einer **systematischen** **Zusammenstellung** der **Poltarife** des **In-** und **Auslandes** hat nach **einer** **Mitteilung** aus dem **Ministerium** des **Inneren** das **Reichsamt** des **Inneren** **eingeleitet**. Die **Zusammenstellung** für die **Textilindustrie** ist **fertiggestellt** und wird **demnächst** im **Verlage** der **Hof-** **buchhandlung** von **E. S. Mittler** u. **Sohn**, **Berlin** **SW**, **Kochstraße** **68/71**, **erscheinen**. Sie **umfaßt** die **Poltarife** von **60** **Ländern** **nach** **dem** **neuesten** **Stande** der **Erhebung** **mit** **Unter-** **schätzung** **nach** **den** **fünf** **Hauptgruppen**: **I.** **Baumwolle**, **II.** **Flachs**, **Hauf**, **Wolle** und **ädhliche** **vegetabilische** **Stoffe**, **III.** **Wolle**, **IV.** **Seide**, **V.** **Fabrikate** aus **besonderen** **Materialien** **sowie** **solche** **besonderer** **Art**. **Der** **Zusammenstellung** **sind** **allgemeine** **Bestimmungen** **über** **Münze**, **Maße** **und** **Gewichte**, **Brutto-**, **Netto-** **und** **Wertzollung** **u.** **vorangeschickt**, auch **ist** **eine** **Uebersicht** **über** **die** **Textilindustrie** des **deutschen** **Reiches** **nach** **Betrieben** **und** **den** **darin** **beschäftigten** **Personen** **auf** **Grund** der **Gewerbezählung** vom **14. Juni** **1895** **beigegeben**. Der **Ladenpreis** für **den** **30** **Quartdruckbogen** **umfassenden** **Einzelabdruck** **beträgt** **3** **Mark**.

Vom **Handwerks-Organisationsgesetz** werden durch **Verordnung** des **Bundesrats**, die im **„Reichsanzeiger“** **veröffentlicht** **wird**, die **§§** **81—102** (betreffend die **Zunungen**), **104—104a** (betreffend die **Zunungsverbände**), die **§§** **126—128** (**allgemeine** **Bestimmungen** **über** **Verhältnissverhältnisse**) und die **darauf** **bezüglichen** **Ausführungsbestimmungen** der **Artikel** **3** **bis** **7** **zum** **1. April** **1896** **in** **Kraft** **gesetzt**.

Wegen der **verbotswidrigen** **Beförderung** einer **Ueberzahl** von **Fahrgästen** auf **einer** **Straßenbahn** hat das **sächsische** **Oberlandesgericht** **entschieden**, daß der **Schaffner** **nicht** **erst** **dann** **strafbar** **ist**, wenn er **den** **überzähligen** **Personen**, obwohl er **verpflichtet** **war**, sie **zum** **Verlassen** **des** **Wagens** **auszufordern**, **hinschneit** **aushändigt** **und** **so** **ihre** **Weiterbeförderung** **ermöglicht**. Es **genügt** **vielmehr** **schon** **zur** **Strafbarkeit**, wenn der **Schaffner** **mehr** **Personen** **als** **zulässig** **auf** **dem** **sich** **auf** **der** **Bahnstrecke** **fortbewegenden** **Wagen** **belädt**, **ohne** **daß** **er** **dagegen** **einschreitet** **und** **die** **Ueberzähligen** **vom** **Wagen** **wegweist**.

Invaliditäts- und Altersversicherung. Das **sächsische** **Ministerium** **des** **Inneren** hat aus den von den **Kreisshauptmannschaften** **erstatteten** **Berichten** **ersehen**, daß **bei** **den** **Unterbehörden** **Zweifel** **darüber** **bestehen**, ob **bei** **der** **Ermittlung** **von** **Streitigkeiten** **nach** **§** **122** **des** **Invaliditäts- und Altersversicherungsgezetzes** **hierbei** **beteiligten** **Privatparteien** **Kosten**, **insbesondere** **etwache** **Anlagen** **für** **Zugengebühren** **u.** **s.** **w.** **berechnet** **werden** **dürfen**. In **Uebereinstimmung** **mit** **der** **vom** **Herrn** **Reichsanwalt** **und** **der** **überwiegenden** **Mehrzahl** **der** **Bundesregierungen** **vertretenen** **Auffassung** **erachtet** **das** **Ministerium** **des** **Inneren** **dies** **für** **unzulässig**. Soweit **es** **sich** **hierbei** **um** **Gebühren** **für** **die** **amtliche** **Tätigkeit** **der** **Verwaltungen** **handelt**, **ist** **deren** **Ansatz** **schon** **mit** **Rücksicht** **auf** **die** **ganz** **allgemeine** **Bestimmung** **im** **§** **140** **des** **erwähnten** **Gesetzes** **als** **ausgeschlossen** **zu** **betrachten**. **Ebenso** **wenig** **können** **aber** **die** **baren** **Aufwendungen**, **welche** **bei** **der** **Erörterung** **derartiger** **Streitigkeiten** **durch** **Zugenernehmungen** **u.** **s.** **w.** **entstehen** **sind**, **erstattet**, **verlangt** **werden**, **wenn** **und** **soweit** **die** **Ermittlungen** **notwendig** **waren**, **um** **eine** **Entscheidung** **über** **die** **streitigen** **Fragen** **zu** **ermöglichen**. **Denn** **es** **handelt** **sich** **hierbei** **um** **Streitfälle**, **die** **nicht** **nur** **aus** **dem** **öffentlichen** **Rechte** **hergeleitet** **sind**, **sondern** **aus** **deren** **Erledigung** **auch** **ein** **unmittelbares** **öffentliches** **Interesse** **besteht**, **nämlich** **das** **Interesse** **an** **der** **schleunigen** **Durchführung** **des** **Verpflichtungszwanges**.

Die **diesjährigen** **Frühjahrs-Kontroll-Versammlungen** in **Leipzig-Stadt** **und** **Amtshauptmannschaft Leipzig**, an

denen **Referenten**, **Landwehrleute** **1. Aufgebots**, **Erzlag-Referenten**, **dauernd** **und** **zeitig** **Salbinalide** **und** **zur** **Disposition** **der** **Erzlagbehörden** **entlassene** **Mannschaften** **teilzunehmen** **haben**, **sind** **in** **Leipzig-Stadt** **am** **13.**, **14.**, **15.**, **16.**, **18.**, **19.**, **20.**, **21.**, **in** **Leipzig-Land** **am** **14.**, **15.**, **16.**, **18.** **und** **19.** **April** **dieses** **Jahres** **statt**. Die **Verordnung** **hierzu** **erfolgt** **nur** **durch** **öffentliche** **Bekanntmachung**. **Große**, **grüne** **Plakate**, **die** **in** **Leipzig** **an** **den** **Dienstgebäuden** **der** **Behörden**, **auf** **den** **Bahnhöfen** **u.** **s.** **w.** **von** **Mitte** **März** **und** **an** **sämtlichen** **Platzsäulen** **vom** **12. April** **an** **aushängen** **werden**, **geben** **alle** **näheren** **Bestimmungen** **bekannt**. **In** **der** **Amtshauptmannschaft** **Leipzig** **werden** **diese** **Plakate** **von** **den** **Gemeindebehörden** **an** **geeigneten** **Stellen** **von** **Mitte** **März** **an** **zur** **Aushängung** **gelangen**.

Straßensperrungen. Wegen **Ausführung** **von** **Arbeiten** **am** **Wasserrohre** **wird** **die** **Bayerische** **Straße** **auf** **der** **Strecke** **von** **der** **Stöckelstraße** **bis** **zur** **Sophienstraße** **vom** **16. d. M.** **ab** **und** **wegen** **Einlegung** **von** **Straßenbahngleisen** **bez.** **Plastierung** **im** **Stadtbezirk** **Leipzig-Sellerhausen** **die** **Kreuzung** **der** **Torgauer** **Straße** **mit** **der** **Wurzener** **Straße** **und** **letztere** **selbst** **bis** **zur** **Jakobstraße** **vom** **17. d. M.** **ab** **auf** **die** **Dauer** **der** **Arbeiten** **für** **allen** **Fahrverkehr** **gesperrt**.

Große Diebereien, **namentlich** **von** **Getreide**, **Mais** **u.** **s.** **w.**, **ist** **man** **an** **der** **Dresdener** **Eisenbahn** **auf** **die** **Spur** **gekommen**. **Gegen** **eine** **große** **Anzahl** **von** **Personen**, **die** **der** **Teilnahme** **verdächtig** **sind**, **ist** **die** **Untersuchung** **eingeleitet** **worden**.

Gefänglich **eingezogen** **wurde** **dieser** **Tage** **ein** **27** **Jahre** **alter** **Lagepierer**, **der** **seinem** **Arbeitgeber** **in** **L.-Volkmarzdorf** **176** **Mark** **unterschlagen** **und** **ihn** **auch** **sonst** **noch** **vielfach** **bestohlen** **hatte**.

Von der Straße. Ein **Zusammenstoß** **zwischen** **einem** **Straßenbahnwagen** **und** **einem** **Milchgeschirr** **fiel** **gestern** **vormittag** **in** **der** **Rohlgartenstraße** **zu** **L.-Neuditz** **statt**. **Hierbei** **wurde** **der** **Milchwagen** **stark** **beschädigt**. — **In** **der** **Eisenbahnstraße** **zu** **L.-Neustadt** **sind** **am** **Dienstag** **abend** **zwei** **Pferde**, **die** **gefahren** **wurden**, **von** **einem** **Motorwagen** **angerannt** **und** **umgerissen** **worden**. **Anscheinend** **haben** **die** **Tiere** **keinen** **Schaden** **genommen**.

Für **die** **Ergriffung** **des** **am** **Sonnabend** **verurteilten** **Markt-** **helfers** **Baurich** **war** **im** **Oktober** **v. J.** **eine** **Belohnung** **von** **1000** **Mk.** **ausgesetzt** **worden**. **Die** **Summe** **wird** **unmehrer** **zur** **Auszahlung** **gelangen**, **wohl** **aber** **nicht** **allein** **an** **den** **Schuhmann**, **der** **den** **Geschulden** **auf** **dem** **Dresdener** **Bahnhofe** **verhaftete**, **sondern** **teilweise** **auch** **an** **diejenigen** **Personen**, **die** **wesentlich** **zum** **Nachweis** **der** **Schuld** **des** **leugnenden** **Verbrechens** **beitrugen**.

Die **Verkehrstote** **des** **Baurich**. **In** **dem** **unter** **dieser** **Ueberschrift** **in** **der** **Montagsnummer** **unserer** **Zeitung** **gebrachten** **Stimmungsbild** **erhalten** **wir** **auf** **Grund** **des** **Pressegesetzes** **folgende** **Verichtigung**:

„Mit der **Wolframschen** **Kaffeeschänke** **ist** **mein** **Restaurant** **durchaus** **nicht** **zu** **vergleichen** **und** **ist** **dies** **auch** **noch** **von** **keiner** **Seite** **geschehen** **als** **jezt** **von** **der** **Zeitung**.

Nicht **wahr** **ist** **ihre** **Behauptung**, daß **Baurich** **bei** **mir** **verkehrt** **ist**, **wobüh** **während**, daß **man** **höchst** **unter** **sich** **ist**. **In** **meinem** **Salale** **sehen** **sich** **die** **Gäste** **aus** **allen** **Schichten** **der** **Bevölkerung** **zusammen**, **wie**

**Auf
bequemste
Abzahlung!**

Für Konfirmanden

empfehle ich unter leichtesten Zahlungsbedingungen
schw. Cachemires, Konfirmandenanzüge
ferner große Auswahl in Herren u. Knaben-Garderobe,
Damen- und Mädchenmäntel, Jacketts, Regenmäntel,
Manufakturwaren, Weißwaren, Schirme,
Stiefel, Hüte, Uhren, Negulateure, Kinderwagen.
Großes Lager v. Möbel, Betten u. Federn.
Bettstellen und Matratzen, Schränke, Vertikals,
Kommoden, Waschtische, Nachttische, Nähtische, Tische,
Spiegel, Stühle u. c.
Sophas, Divans u. Plüsch-Garnituren.
Kleine Anzahlung. Leichte Zahlungsbedingungen.
N. Fuchs
Kurprinzstrasse 13, 1. Et.

Kunst-

Zähne von 2 Mk. an.
Neue elektrische Apparate
Plomben, Operationen schmerzlos.
Georg Leo
Reichsstrasse Nr. 29/31, II.
Amerikan. Zahn-Steiner.
Gegr. 1863
Leipzig, Universitätsstrasse 2
Halle a. S., Steinweg 27.
Künstl. Zähne v. 2 Mk.
an.
Kronen- und Brückenarb., Stützadnen u.
Specialität: Ganze Gebisse,
Anlaute Zahnlösung,
Schmerzloses Zahnziehen 1.50 Mark.
Schmerzloses Plomb. von 1 Mark an.
Alle unbrauchbare Gebisse werden
tadellos umgearbeitet.

Neugebauer akad. geblid.,
staatl. nicht ge-
prüft, Prakt. d.
Homöopathie u. Naturheilmethode,
früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik,
heilt u. longj. Erf. gebl. Geschlechtskrankh.
d. M. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-,
Darm-, Haut- u. Nervenleid., Rheumat.,
Blutleiden, Str. 21, II. Sprachsfr.
9-2,5-8, Sonntag 10-11 Uhr, an d. W. br. 11.

Ich habe mich hier als
Arzt
nieder gelassen. [2411]
L.-Plagwitz, 15. März 1898
Zschochersche Strasse 55, II.
Dr. med. G. Rosenthal
prakt. Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer.
Sprachzeit: Vorm. 8-9, nachm. 3-4 Uhr.
Sonnt. u. Feiertags: 10-11 Uhr vorm.

Steter Eingang patentierter
Neuesten in:
Gummi-
Waren zur Gesundheitspflege
in bester Qualität bei
Frau Auguste Graf
allein noch Nikolaisstr. 4.
Preisliste nur geg. Freiconvert, nicht postl.

Wegen Umzugs nur noch kurze Zeit
Grosser Räumungs-Ausverkauf
des Leinen- und Baumwollwarenlagers
der Firma
Markt 6 Ernst Thiele Markt 6.

Edmund Störzner, L.-Plagwitz
Zschochersche Str. 20
empfehle
sein **grosses Lager** in
Fahrrädern
feinster Marken.
Reelle Bedienung.



E. Düben
Thonberg, Reitzenhainer Strasse 38
empfehle [1491]
Kinderwagen und Leiterwagen
Reform-Kinderstühle, Triumphstühle
sowie gut assortiertes Lager von Korbwaren aller Art.
Große Auswahl. Billigste Preise.
Besern der Volks-Ztg. an Kinderwagen 5% Rabatt extra.
Leipzig-Plagwitz, Zschochersche Strasse 54.



Konfirmanden-Stiefeln
sowie alle Damen-, Herren- und Kinder-
stiefeln in nur guter Ware empfiehlt in großer
Auswahl Anton Wurl.
Reparaturen werden gut u. billigst ausgeführt.
Empfehle mein großes Lager [2043]
Kinderwagen, Leiterwagen
Korbwaren
unter Garantie der Dauerhaftigkeit und billigste Preise.
Hochfeine englische Kinderwagen von 18.50 Mk. an.
Alle Wagen werden wie neu vorgerichtet.
Buchhändlerförde, sowie sämtl. Geschäftsförde von Holz und
Weide, werden nach Maß angefertigt.
Fahrgebl für die elektrische Bahn von Vororten wird vergütet.
Ad. König, Leipzig, Querstrasse 17.




Marien-Bad.
Größtes und schönstes Schwimmbassin, kristallklares Wasser.
Damenzeit: Montag, Mittwoch und Sonnabend von nachm. 2 bis 1/2 5 Uhr.
Dienstag, Donnerstag und Freitag von vorm. 1/2 9 bis 11 Uhr.
Wannenbäder für Herren und Damen zu jeder Tageszeit.
Dampf-Bad
Russische Dampf-, Irish-Römische, Bankdampf- und Kastendampf-Bäder.
Sämtliche Kurbäder. Eisenhaltige Moorerde-Bäder.
Kohlensäure Bäder. Elektrische Bäder.
Neu eingeführt: strömende Sitz- u. Fussbäder, ärztlich empfohlen.
Herren von früh 7 bis 1 Uhr und nachm. von 4 bis 1/2 9 Uhr.
Damen täglich von mittags 1 bis 4 Uhr nachm. [1913]

1.50 Konfirmanden-1.50
Hüte
in guter Qualität.
Mützen. Schirme.
Specialität:
2.80 Jeder Hut 2.80
Strassburger Hutbazar
Grimaldscher Steinweg 15
Windmühlenstr. 24, Ecke Hürstelstr.
Peterssteinw. 3, gegenüb. d. Amtsgericht.
Gut und solid gearbeitete Möbel,
Spiegel und Polsterwaren
auch Teilzahlung
Tapezieren, Auspolstern von Sofas
und Matratzen in und außer dem
Hause bei langjähriger Garantie.
Folkmarckstr. 6042] **Karl Uhlig**
Konradstrasse 51.

Einen großen Posten
Kleiderschränke, Küchens-
schränke, Kommoden,
Bettstellen u. Matratzen,
Vertikals, Sofas,
Divans, Kinderwagen
geben einzeln mit kleiner Anzahl-
ung und wöchentlichem Abzah-
lung von 1 Mk. an ab
N. Fuchs
Kurprinzstrasse 13, 1. Et.
Gr. Lager neuer u. geb. Möbel,
Vertikals 20, 36 u. 65 Mk., Kleiderst. 24-65 Mk., Sofa 26 Mk., Ottom. 30 u. 38,
in Büsch 50 Mk., Pfeilerst. 10 u. 15 Mk.,
Trumeaupiegel 50 Mk., Bettst. m. Matr. 28 Mk., Tische u. Stühle, empfiehlt bill.
Ziener, Liebigstr. 3, part., Ecke Turnerstr.

Für Zahnpatienten
künstl. Zähne, Plombieren
Zahnoperationen u. billigste Preise.
Fr. Kratzsch, Lindenau, Lindenstr. 1
Ecke Leipziger Str.
Frau B. Meerhelm, Gebirgsw.
L.-Plagwitz, Burgener Str. 111, Turnhalle.
Patent Bureau Lipsia
8 Grimmaische Str. 3
beforgt Patente, Gebr.-
Muster, Markenschutz.
unter günstigen Zahlungsbedingungen.
Rat in schwierig. Rechtsfällen unter
Garantie 1 Mt. Besuche, Besu-
che, Briefe v. 75 Pfg. bis 3 Mt.
Einz. u. Forderung, kostenfrei.
Sur. Erfahr., gegr. 1889. Grimm. Str. 28, I.
RECHTSRAT, Klagen etc. von erfahr.
Juristen. Moritzstr. 2 (a. Sonntag).



Konfirmanden-Uhren
in Silber von 10 Mk. an
in Gold von 16 Mk. an
Alle Leser der Volkszeitung
noch
10 Prozent Rabatt.
Für jede Uhr mehrjährige
reelle schriftliche Garantie.

M. Kemski
6 Nürnberger Str. 6.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
Koffer, Federbetten von 1 Mt. an, kauft
man solid und billig in **P. Fleischers**
Warenhaus, Lindenau, Burgener Str. 56.

Zum Umzug!
Mit wenig Geld ist jeder in der Lage, sich seinen Bedarf an
Möbel und Polsterwaren
anzuschaffen.
J. Jttmanns
Waren- und Möbel-Kredit-Haus
bietet hierzu durch die bequeme Art und Weise der
wöchentlichen, monatlichen od. 1/2 jährlichen
Abzahlung
die beste Gelegenheit und ist außerdem durch die reiche Auswahl in allen
Gegenständen, die billigsten Preise und kulantesten Bedingungen
eine vorteilhafte Einkaufsquelle
für Jedermann. [2400]
J. Jttmann
Johannisplatz 4 u. 5, I., neben der Bürgerschule.

Schuhe u. Stiefel
kauft man recht und billig im Schuhwarenlager von
Ernst Enghardt, Körnerstrasse 13.

Konfirmandenanzüge
in grösster Auswahl
von 6 Mark an bis zu den feinsten
empfehle [1971]
J. Lilienthal
Leipzig-Plagwitz
Nr. 18 Zschochersche Strasse Nr. 18.

Reichstag.

62. Sitzung. Mittwoch, 16. März, 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: v. Goltz.

Bündelst wird ein schleuniger Antrag der Abg. Richter (Centr.) u. Gen. um Einstellung des beim Oberlandesgericht zu München gegen das Mitglied des Reichstags Dr. Helm wegen Verleumdung schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der gegenwärtigen Session debattelos angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs einer Militärstrafgerichtsordnung. Die gestern unterlegte namentliche Abstimmung über den § 2 wird einstweilen ausgelegt.

§ 2 des Entwurfs besagt, daß die Militärpersonen des aktiven Heeres und der Marine, soweit nicht die folgenden Paragraphen ein anderes bestimmen, auch wegen der vor dem Diensteantritt begangenen strafbaren Handlungen der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstellt sind.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag Munkel (freis. Sp.) vor, den § 2 so zu fassen:

Die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine unterliegen wegen der vor dem Diensteantritt begangenen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze der bürgerlichen Gerichtsbarkeit. Wegen solcher Zuwiderhandlungen darf jedoch während der Dauer der Dienstleistung ohne Zustimmung der Militärbehörde die Untersuchungshaft nicht verfügt, auch die Hauptverhandlung nicht abgehalten werden, außer wenn der Angeklagte von der Verpflegung, in der Hauptverhandlung zu erscheinen, entbunden ist. — Steht der Militärbehörde die Vollstreckung einer vom bürgerlichen Gericht erkannten Freiheitsstrafe zu, so kann sie, falls der Verurteilte sich nicht in Haft befindet, bei einer zur Erfüllung der gesetzlichen oder freiwillig übernommenen Dienstpflicht eingestellten Militärperson bis zur Beendigung der ersten militärischen Ausbildung, bei einer Person des Beurlaubtenstandes bis zur Beendigung der Dienstleistung die Vollstreckung aussetzen.

Es liegt ferner ein Änderungsantrag Auer (Soz.) und Genossen vor, den § 2 zu streichen und an Stelle der §§ 3 bis 6 (die sämtlich von den vor dem Diensteantritt begangenen Vergehen handeln) eventuell folgenden Paragraphen zu setzen:

Die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine sind wegen der vor dem Diensteantritt begangenen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstellt. — Wegen solcher Zuwiderhandlungen darf jedoch während der Dauer der Dienstleistung die Untersuchungshaft nicht ohne Zustimmung der Militärbehörde verfügt, auch gegen Personen des Beurlaubtenstandes und die ihnen gesetzlich gleichstehenden Personen eine Hauptverhandlung nur abgehalten werden, wenn der Angeklagte von der Verpflegung, in derselben zu erscheinen, entbunden ist. — Kommt der Militärbehörde die Vollstreckung einer vom bürgerlichen Gericht erkannten Freiheitsstrafe zu, so kann dieselbe, falls der Verurteilte sich nicht in Haft befindet, den Vollzug bei einer Militärperson des Beurlaubtenstandes bis zur Beendigung der ersten militärischen Ausbildung, bei einer Person des Beurlaubtenstandes bis zur Beendigung der Dienstleistung aussetzen.

In der Diskussion erhält als erster das Wort der Abg. Haase (Soz.), der sich jedoch zufällig nicht im Saale befindet; für ihn spricht Abg. Wedel (Soz.): Wir haben es hier mit einer Bestimmung zu thun, die nach meiner Auffassung mit zu den schlimmsten des Gesetzes gehört. Unter allen Umständen hätte die Kommission darauf dringen müssen, ähnlich wie dies von der Linken Seite des Hauses in Bezug auf die §§ 2 des § 2 verlangt wurde, daß Personen für Vergehen und Gesetzwidrigkeiten, die sie in Zivilverhältnissen begangen haben, unter keinen Umständen vor das Militärgericht gehören. Ich erinnere Sie daran, was für Folgen mitunter der jetzige Zustand hat. Ich habe vor ein paar Jahren hier einmal den Fall Weinland zur Sprache gebracht, der auf die bloße Tatsache hin, daß er kurz vor seinem Eintritt in den Militärdienst von einem bürgerlichen Gericht wegen Majestätsbeleidigung zu mehrmonatlichem Gefängnis verurteilt worden war, nunmehr nicht allein die Strafe während seiner Militärdienstzeit zu verbüßen hatte, sondern auch auf Grund einer älteren kaiserlichen Verordnung noch in die besondere Strafe genommen wurde, daß er der sogenannten Arbeiterabteilung und zwar während der Dauer seiner ganzen Dienstzeit zugewiesen wurde, die, da ihm die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligen aberkannt wurde, drei volle Jahre währte. Von dieser Arbeitercompagnie und den Zuständen, die darin bestehen, enthält die Militärstrafgesetzgebung nichts; es ist eine Einrichtung, die auf Grund kaiserlicher Vollmacht eingeführt worden ist, nach meiner Ueberzeugung im Widerspruch mit dem Geseze, eine Einrichtung aber, die den, den sie trifft, während seiner ganzen Dienstzeit einer außerordentlich harten Behandlung unterstellt. Das wird hier durch § 3 aufrechterhalten. Ich glaube nicht, daß eine Volksvertretung, die darauf sieht, daß Bürger, die vor Eintritt in den Dienst bestraft sind, nicht noch extra im Dienst bestraft werden, diesem Paragraphen zustimmen können.

Generallieutenant v. Viebahn verteidigt den § 3 mit der Erklärung, daß die Militärverwaltung auf dessen Beibehaltung den allergrößten Wert legt.

Abg. Wedel (freis. Sp.): Ich bitte Sie um Annahme meines Antrages; er entspricht einem Beschlusse der Kommission, den diese in erster Lesung gefaßt hat und leider nur infolge eines von der Regierung geübten Druckes in zweiter Lesung wieder aufgehoben hat.

Abg. Haase (Soz.): Man stellt hier den Grundsatz auf, daß Militärpersonen auch wegen Vergehen, die sie vor ihrem Eintritt in den Militärdienst verübt haben, der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sein sollen. Es liegt aber auf der Hand, daß Militärpersonen, die vor dem Diensteantritt eine Straftat verübt haben, dazu gekommen sind auf Grund bürgerlicher Einrichtungen, unter dem Einfluß bürgerlicher Anschauungen, und es ist so eine ganz natürliche Konsequenz, daß sie auch von bürgerlichen Gerichten abgeurteilt werden müssen. Eine Bestrafung seitens des Militärgerichts muß zu den härtesten Konsequenzen führen, da dies viel härter urteilt als ein bürgerliches Gericht. Vergewaltigen Sie sich nur, wie z. B. ein Angeklagter von dem Militärgericht behandelt werden wird, der vor dem Diensteantritt ein politisches Vergehen verübt (sehr wahr! links), z. B. Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, Aufreizung zum Klassenhaß oder gar eine Majestätsbeleidigung, es ist ganz zweifellos, daß ein solcher Missethater von militärischen Gesichtspunkten aus viel härter bestraft werden wird.

Der Minister hat gemeint, es handle sich in dem gestern von mir erwähnten Falle um eine Bestrafung wegen Ungehorsams. Das ist unrichtig, es wurde gegen den Betreffenden ein Verfahren wegen Aufreizung zum Klassenhaß eröffnet. Das Urteil des Militärgerichts in diesem Falle ist überhaupt sehr bezeichnend. So heißt es z. B. in dem Erkenntnis: „Da nun eine jede Verbreitung, wie sie auch geschieht, mehr oder weniger eine öffentliche sein kann und wenn sie in einem öffentlichen Lokal an einem Gastwirt erfolgt, unbedingt eine öffentliche ist, so...“ Das ist ein Faustschlag ins Gesicht der: Zurisprudenz, denn in dem Lokal befand sich der Wirt allein, und wie würde ein bürgerliches Gericht in diesem Falle verurteilt haben. Ferner heißt es in dem Erkenntnis: „Der Angeklagte hat zufälligerweise vier gleiche Nummern ergriffen, die seine Anweisung enthielten, ebenso gut hätte er einige aufreizende Nummern greifen können.“ Also auf diese Möglichkeit hin wird er verurteilt! (Hört! hört! links.)

Weiter wird gesagt: „wenn ich Gelegenheit gefunden hätte, würde der Angeklagte bei seiner Gemüthsunwesenheit auch an seine Kameraden und nicht nur an Maurer aufreizende Blätter verteilt haben.“... Also an Stelle der Beweise treten bei dem Militär-

gericht Ueberzeugungen (Sehr wahr! links), und das wird immer so sein, wenn der § 3 angenommen wird, sobald es sich um politische Vergehen handelt. Wir sind also für Streichung des § 3, haben indes auch nichts dagegen, wenn unser Eventualantrag angenommen wird.

Der Vertreter dieses Antrages ist der Abg. Gräber, der ihn f. S. in der Kommission eingebracht und mit großer Geschicklichkeit allen Einwendungen der Regierungsvorstellung gegenüber in der ersten Lesung bis zum letzten Augenblicke aufrecht erhalten hat. Der Herr Abg. Spahn hat ja gestern bei einem anderen Punkte erklärt, daß er infolge der Erklärungen der Regierungsvorstellung seinen früheren Standpunkt aufgegeben habe. Diese Ueberzeugungskraft unserer Militärverwaltung grenzt für mich freilich an das Wunderbare. Hier bei § 3 hat aber der Abg. Gräber erklärt, daß für ihn alle Einwände der Regierung hinfällig seien. (Hört, hört!) Es ist also ausgeschlossen, daß auch in diesem Falle wieder die wunderbare Ueberzeugungskraft der Regierung den Unfall des Centrums veranlaßt hat. Der Schlüssel dieser Sinnesänderung liegt vielmehr in der Erklärung des Generalleutenants Viebahn, daß die Regierung den größten Wert auf den § 3 lege, weil dieser Zustand sich in Preußen bisher sehr bewährt habe. Ich will nur darauf hinweisen, daß z. B. in Württemberg sich seit 1849 der gerade entgegengesetzte Standpunkt in der Praxis bewährt hat. Deshalb berufen sich die württembergischen Abgeordneten, z. B. Herr Gräber, nicht hierauf?

Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß die Regierung deshalb den größten Wert auf den § 3 lege, weil dieser Zustand sich in Preußen bisher sehr bewährt habe. Ich will nur darauf hinweisen, daß z. B. in Württemberg sich seit 1849 der gerade entgegengesetzte Standpunkt in der Praxis bewährt hat. Deshalb berufen sich die württembergischen Abgeordneten, z. B. Herr Gräber, nicht hierauf?

Die Regierung geht, wie sich das auch aus den anderen Paragraphen, besonders § 7 und 8, ergibt, darauf aus, ihre Kompetenz zu erweitern auf Kosten der bürgerlichen Gerichtsbarkeit (Sehr wahr! links), ja, ich muß sogar behaupten, die Regierung ist in diesem Entwurf grundsätzlich davon ausgegangen: das Militär hat die Gerichtsbarkeit über alle Staatsbürger und nur ausnahmsweise können nach ihrem Belieben noch Fälle der bürgerlichen Gerichtsbarkeit vorkommen. Ich bitte Sie also, unsere Fassung des § 3, die Abgeordneter Gräber in der Kommission so vorzüglich begründet hat, anzunehmen. (Bravo! bei den Soz.)

Generallieutenant v. Viebahn: Die letzte Aeußerung des Herrn Abgeordneten darf ich wohl nicht ernst nehmen. (Auf: Doch!)

Die erwähnten Fälle sind zu Recht abgeurteilt und ich werde daher hier auf sie nicht eingehen. (Kaden links.) Uns kommt es darauf an, daß wir die Leute für uns haben wollen, sobald sie eingezogen sind und sie nicht überall herumtschicken. Ich wiederhole, daß die Ausnahme des Paragraphen im militärischen Interesse unbedingt erforderlich ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Gräber (Centr.): Gewiß ist es unbestreitbar, daß man Vergehen, die im bürgerlichen Verhältnis begangen sind, auch durch bürgerliche Gerichte aburteilen läßt. Aber praktisch ist das schwer ausführbar. Es würde eine stete Verchiebung von Tausenden von Soldaten von Osten nach Westen und umgekehrt erforderlich sein. In dem kleinen Württemberg ist dies ja ganz gut durchführbar: das Gesetz soll aber für das Reich sein und da sind auch wir Württemberg zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Zustand in einem Reichsgesetz nicht aufrecht erhalten werden kann. Was der Abg. Haase von der Majestätsbeleidigung gesagt hat, das paßt gar nicht hierher. Darauf steht ja eine Strafe von nicht unter zwei Monaten; nach § 4 des Entwurfs findet aber die Entlassung schon statt, wenn die Beurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Wochen zu erwarten ist.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir in der Duellfrage eine unserer früheren schnurrads entgegengesetzte Haltung einnehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr unrichtig, meine Herren! (Heiterkeit.) Es hat sich hier überhaupt noch nicht um die Frage gehandelt, ob das Duellvergehen von einem bürgerlichen oder militärischen Gerichtshofe abgeurteilt werden sollen. Die bürgerlichen Gerichte sind wirklich nicht energisch genug in dieser Sache, sie teilen ja alle das gleiche Vorurteil, daß die privilegierte Stellung des Duells bedingt. Dagegen weist die kaiserl. Verordnung über das Duell einen großen Fortschritt auf, dadurch, daß alle Ehrenhändel zu den Ehren des obersten Kontingentsherrn kommen. Und davor haben die Offiziere einen größeren Respekt, als wenn sie vor irgend einem Gerichtshof kommen sollen.

Abg. Haase (Soz.): Herr Kollege Gräber irrt, wenn er meint, ich hätte mich in dem Falle der Majestätsbeleidigung geirrt. Freilich ist jene Bestimmung im § 4 des Entwurfs enthalten. Aber in der Kommission war es gerade Herr Gräber, der mit mir darauf aufmerksam machte, daß in dieser Fassung noch nicht die geringste Garantie gegeben sei. Es heißt in ihm, „wenn eine Strafe von mehr als 6 Wochen... zu erwarten ist“. Aber wer bürgt dafür, daß später trotz aller Erwartung eine viel härtere Strafe verhängt wird? In der Hauptverhandlung kann das Gericht doch zu einer viel härteren Auffassung der Sachlage gelangen. Es ist doch schon wiederholt vorgekommen, daß solche „Erwartungen“ völlig geirrt worden sind. Herr Gräber irrt aber auch, wenn er meint, das Mindestmaß für Majestätsbeleidigungen betrage zwei Monate. Für den Fall nämlich, daß der Delinquent das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, tritt eine Strafe von weniger als zwei Monaten ein.

Aber es kann sich ja noch um ganz andere Vergehen handeln, als um Majestätsbeleidigung; da ist: Aufreizung zum Klassenhaß, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen u. dergl. m. Gerade das Centrum sollte hierauf acht geben. Wenn das gegenwärtige Regime in sozialpolitischer Hinsicht sich noch verschärfen sollte, so ist sehr wohl möglich, daß auch die Mitglieder der katholischen Gewerkschaften wegen Aufreizung zum Klassenhaß verurteilt werden. Da nun die Militärgerichte in ihrer ganzen Zusammensetzung für die sozialen Kämpfe der Arbeiter gar kein Verständnis haben können, so können auch die katholischen Gewerkschaften auf das empfindlichste durch den vorliegenden Paragraphen geschädigt werden.

Große Verwunderung erregte in mir die Erklärung des Herrn Gräber über die günstige Wirkung der kaiserlichen Kabinettsorder über das Duellwesen. Besteht diese denn nicht mehr, wenn das Duellvergehen den bürgerlichen Gerichten unterstellt ist? Herr Gräber weiß aber dann doch auch recht gut, daß das Duellwesen auch in ganz anderen Kreisen als rein militärischen die Ueberhand gewinnt. Die Militärische wissen ja gar nicht, was das Duell zu bedeuten hat, diese Aeußerung fiel, wie wohl jedem bekannt, einst in frohlicher Stunde im Studentenkreise. Freilich: auch die bürgerlichen Gerichte urteilen da überall viel zu milde; das macht der Reserveleutenantsgeist, der in ihnen herrscht. (Sehr richtig! links.) Ist das aber ein Grund, sich nun ganz auf das Militär zu verlassen, wo es doch noch viel ärger zugeht?

Mit dem Tone, den Herr v. Viebahn angeschlagen, schlägt man kein Gegner; es wäre wohl besser gewesen, er hätte sachliche Argumente gebracht. (Abg. Singer: Kann er ja nicht! Große Heiterkeit.) Die „militärischen Interessen“ sind in unserem Antrag vollständig gewahrt. An sie nicht zu durchkreuzen, haben wir die Bestimmung aufgenommen, daß die Untersuchungshaft nicht ohne Zustimmung der Militärbehörde verfügt werden darf, daß sogar bei Personen des Beurlaubtenstandes der Strafvollzug bis zur Beendigung der Dienstzeit aussetzen kann. Alle berechtigten Anforderungen der militärischen Disziplin sind also in unserem Antrag zu Genüge anerkannt worden. Wenn freilich die Regierung darauf ausgeht, alle die logenannten Hezer und Aufwiegler, die in ihren Augen immer strafbar sind, wenn auch im Strafgesetze nichts gegen sie verfügt ist, unter militärische Gerichtsbarkeit zu

zwingen, so wird sie bei uns und im Volke entschlossenen Widerstand finden. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Spahn (Centr.) verweist darauf, daß es sich bei § 3 ja doch nur um leichtere Vergehen handeln könne; da wäre eine längere Dienstunterbrechung nicht angebracht.

Abg. Benjamins (freis. Sp.): Ich habe in der Kommission von vornherein erklärt, daß ich der ganzen Vorlage mit großem Wohlwollen gegenüberstehe und sie nicht scheitern lassen möchte. Aus diesem Gesichtspunkte heraus habe ich mein ganzes Verhalten eingestellt; es ist mir daher unerfindlich, wie Herr Gräber sagen konnte, ich hätte ihn in den Rücken gestochen. (Ironisches Lachen bei den Sozialdemokraten und im Centrum.) Nebenbei geht hierauf auf seine Anträge in der Kommission ein, wird aber vom Präsidenten v. Buol unterbrochen, mit dem Bemerkung, daß diese sachlichen Ausführungen nicht zu § 3 gehören. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das „Sehr richtig!“ der Sozialdemokraten verstehe ich nicht. (Heiterkeit.) Was nun § 3 anlangt (Heiterkeit), so werde ich für den Antrag Munkel stimmen, nachdem ich aus den geistigen Ausführungen des Kriegsministers entnommen habe, daß die Regierung daran das Gesez nicht scheitern lassen wird. Die Vorwürfe der Sozialdemokraten will ich ruhig ertragen, da ich mich in meinem Gewissen sicher fühle. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gräber (Centr.): Es ist doch nicht meine Schuld, daß der Herr Kollege Benjamins keine sehr imponierende Rolle in den Kommissionsberatungen über diese Frage gespielt hat.

Damit schließt die Diskussion über § 3. Abg. Singer beantragt über den Antrag Auer namentliche Abstimmung; auf Beschluß des Hauses wird im Anschluß an diese auch die namentliche Abstimmung über § 2, die bei Beginn der Sitzung ausgelegt worden war, vorgenommen werden.

In der namentlichen Abstimmung wird der Antrag Auer mit 172 gegen 55 Stimmen abgelehnt; § 3 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Der Antrag Munkel wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 148 gegen 84 Stimmen abgelehnt; § 2 wird gleichfalls in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 4 lautet:

Die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen oder freiwillig übernommenen Dienstpflicht in das Heer oder in die Marine eingestellten Militärpersonen treten wegen einer vor dem Diensteantritt begangenen Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Strafgesetze nicht unter die Militärstrafgerichtsbarkeit: 1. wenn vor dem Diensteantritt wegen der Zuwiderhandlung ein verurteilendes oder freisprechendes Urteil ergangen oder ein Strafbefehl zugestellt war, 2. wenn die Entlassung aus dem aktiven Dienste erfolgt; die Entlassung findet statt, wenn eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Wochen oder im Falle der Verurteilung zu einer Geldstrafe die Vollstreckung einer an Stelle derselben tretenden Freiheitsstrafe von gleicher Dauer zu erwarten ist. — War vor dem Diensteantritt die Eröffnung des Hauptverfahrens bereits beschlossen, so muß, sofern die Entlassung nicht erfolgt, in der Sache militärgerichtlich erkannt werden.

Hierzu beantragen Munkel und Genossen die Streichung des ganzen Paragraphen; ferner liegt ein Änderungsantrag Auer und Genossen vor, der folgenden besagt: Im § 4, Ziffer 1, an Stelle der Worte „ein verurteilendes oder freisprechendes Urteil ergangen“ zu setzen: „die öffentliche Klage bereits erhoben oder die Erhebung der öffentlichen Klage vor Gericht beschlossen“, ferner den Absatz 2 zu streichen.

Abg. Haase (Soz.): Wir wollen mit unserm Antrag nicht bewirken, daß § 4 in Einklang gebracht werde mit dem § 7, der daselbst umgekehrt von der Militärgerichtsbarkeit ausfaßt. Wir wollen, daß die bürgerliche Strafgerichtsbarkeit aufrecht erhalten bleibt, wenn das Verfahren bereits so weit gefördert ist, daß eine Anklage erhoben ist. Der Paragraph in seiner jetzigen Fassung bewirkt lediglich eine unnütze Vergeudung an Zeit und Kraft, nur zu dem Zweck, die Kompetenz der Militärgerichtsbarkeit zu vergrößern. In Bayern geht man auch von dem Grundsatz aus, daß das, was von den bürgerlichen Behörden bereits gelehrt ist, nicht völlig beseitigt werden soll. Dort bleibt daher die Kompetenz der bürgerlichen Gerichtsbarkeit bestehen, wenn das Hauptverfahren bereits eröffnet ist.

Zum Schluß will ich nur noch eines bemerken: Wir haben zu sämtlichen Paragraphen noch keine spezifisch sozialdemokratische Forderung erhoben; wir haben lediglich Anträge gestellt, die einen freirechtlichen Ausbau des Gesezes im Sinne des bürgerlichen Liberalismus bedeuten; es macht nun einen eigentümlichen Eindruck, daß wir hier gerade von den bürgerlichen Parteien im Stich gelassen werden, insonderheit von den Herren der freisinnigen Vereinigung. (Beifall bei den Soz.)

§ 4 wird hierauf, unter Ablehnung der Anträge Munkel und Auer, in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso § 5.

§ 6 bestimmt:

Die zum Dienste einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes treten wegen der Zuwiderhandlungen, die sie vor dem Tage, zu dem sie einberufen sind, gegen die allgemeinen Strafgesetze begangen haben, nicht unter die Militärstrafgerichtsbarkeit. Während der Dauer der Dienstleistung darf jedoch ohne Zustimmung der Militärbehörde die Untersuchungshaft nicht verfügt werden. Wegen einer während der Dienstleistung begangenen strafbaren Handlung können die im Absatz 1 bezeichneten Personen den bürgerlichen Gerichten übergeben werden, sofern lediglich eine Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Strafgesetze in Frage steht.

Abg. Auer beantragt statt der Worte: „können die in Absatz 1 bezeichneten Personen den bürgerlichen Gerichten übergeben werden“ zu setzen: „unterliegen die in Absatz 1 bezeichneten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit“.

Abg. Haase (Soz.): In dem Absatz 2 heißt es, daß es von dem Ermessen der Regierung abhängen soll, ob der betreffende der militärischen oder bürgerlichen Gerichtsbarkeit übergeben werden soll. Durch unseren Antrag wollen wir dieses Ermessen der Militärbehörde beseitigen. Es könnte leicht dahin kommen, daß die Militärbehörde nach der politischen Stimmung des einzelnen nicht je nach dieser ihn entweder dem strengeren Militärgericht unterstellt oder, wenn er ein Gutgeleiteter ist, dem bürgerlichen Gericht zur Beurteilung überweist. Dies soll durch unseren Antrag vermieden werden.

Der Antrag Auer wird abgelehnt und § 6 in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso debattelos § 7.

§ 8 lautet:

Macht sich eine Militärperson innerhalb eines Jahres nach Beendigung des die Militärstrafgerichtsbarkeit begründenden Verhältnisses wegen der ihr während der Dienstzeit widerfahrenen Behandlung einer Verleumdung, Körperverletzung oder Herausforderung zum Zweikampfe gegenüber einem früheren militärischen, noch im aktiven Dienste befindlichen Vorgesetzten schuldig, so ist wegen dieser strafbaren Handlungen und, wenn der Zweikampf stattgefunden hat, auch diesfalls die Militärstrafgerichtsbarkeit begründet.

Zwei Anträge, Auer und Munkel, beantragen Streichung dieses Paragraphen. Die Abg. v. Buttkeamer-Plauth und Genossen (kons.) beantragen, statt „innerhalb eines Jahres“ zu setzen „innerhalb zwei Jahre“, ferner die Worte „noch im aktiven Dienst befindlichen“ zu streichen.

Abg. Wedel (Soz.): Es ist von zwei Seiten beantragt worden, den § 8 zu streichen. Hoffentlich gelingt es uns, diesmal die Mehrheit des Hauses auf unsere Seite zu bringen. In § 8 handelt es sich um Personen, die bereits dem Militärdienstverhältnis ihrer Gerichtsbarkeit entwachsen sind und aus ihm entlassen sind. Diese sollen aber gleichwohl für die Dauer eines Jahres, sobald sie sich einer Verleumdung, Körperverletzung oder Herausforderung zum

Zweikampf gegen einen militärischen, noch im aktiven Dienste befindlichen Vorgesetzten schuldig machen, vor das Militärgericht kommen. Das widerspricht auf das Schärfste dem Grundsatz, kein Staatsbürger soll seinem ordentlichen Richter entzogen werden. Keiner wird Straflosigkeit für solche Vergehen fordern, aber sie sollen vom bürgerlichen Gericht beurteilt werden. Wenn ein Gemeiner, ein Unteroffizier nach seiner Entlassung, sei es durch einen Zeitungsartikel, durch eine Rede oder eine Broschüre seinen früheren Vorgesetzten beleidigt hat, dann kommt er in der Regel jetzt vor ein bürgerliches Gericht, in dem mehrere Richter selber früher Militärs waren, und insbesondere Offiziere. Daß ein solches bürgerliches, aber von militärischem Geiste durchdränktes Gericht besonders milde mit ihm verfahren wird, ist nicht anzunehmen. Das Gegenteil läßt sich aus zahlreichen Fällen konstatieren. Trotzdem wird nun verlangt, daß ein solcher Mann jetzt vor das Militärgericht gestellt wird, das natürlich noch viel härter straft. Und ganz besonders schwere Strafen spricht das Militärstrafgesetzbuch in Fällen, wie sie der § 8 umschreibt, aus, so gegen Personen, die Vorgesetzte zum Duell fordern. Wir wollen gewiß keine Schonung für Duellanten, aber der Grundsatz der Rechtsgleichheit darf nicht verletzt werden. In ganz ähnlicher Weise liegt es mit den anderen Vergehen, die § 8 treffen will, so mit der Beleidigung. Vielleicht macht sich der Gram und Groll, der sich bei einem Untergebenen gegen einen Vorgesetzten angehäuft hat, in einem harten, beleidigenden Worte nach der Entlassung Luft. Die Maximalstrafe ist nach dem bürgerlichen Strafgesetz für einfache Beleidigung 1 Jahr, nach dem Militärstrafgesetzbuch 2 Jahre, und ist die Beleidigung verkuhmernd, so tritt Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren ein, wo das bürgerliche Strafgesetz nur eine Strafe bis zu 2 Jahren festsetzt. Wie kann eine Volksvertretung dazu kommen, eine solche Bestimmung wie den § 8 ins Gesetz aufzunehmen?

Wir wissen, daß viele Soldaten während der Dienstzeit ihre Vorgesetzten nicht anzeigen wagen, weil sie bann Mißhandlungen und Quälereien fürchten. Denken Sie an den Fall Warziller! Erst als die Kameraden des Unglücklichen wieder im bürgerlichen Leben standen, teilten sie dessen Bruder die Wahrheit mit. Sätten sie nun auf Hörensagen hin vielleicht unrichtige Angaben gemacht, so würden sie nach § 8 vor das Militärgericht gestellt und hart bestraft werden, während sie jetzt vor das bürgerliche Gericht gehen und in diesem Falle sicher eine ganz andere Behandlung erfahren hätten. Kürzlich sind mir zwei weitere Fälle bekannt geworden. Im 3. Bataillon des Garde-Füsilierregiments ist im Dezember ein junger Mann ins Militärhospital gebracht worden unter der Angabe, er leide an Rheumatismus, während er gleichzeitig seinen Eltern schrieb, daß er schwer mißhandelt worden sei. Im Januar stirbt der junge Mann im Lazarett, der Vater, ein kleiner Bauer in der Gegend von Peine im Hannoverschen, wendet sich in seiner Verzweiflung an die Militärbehörde, das Bataillon, den Arzt. Der Arzt schreibt, daß der Sohn angeben hätte, er sei mißhandelt worden, die Sache sei dem Militärkommando gemeldet. Der Frage nach den Todesursachen weicht der Arzt aus; das Bataillonskommando schreibt, die Obduktion habe ein Resultat ergeben, das nicht dazu nötige, anzunehmen, daß der Mann an Mißhandlung gestorben sei. Der Vater glaubt nach wie vor das Gegenteil. Fragt er nun im Herbst die entlassenen Kameraden seines Sohnes und die kleinste Unrichtigkeit stellt sich in den Angaben dieser heraus, dann würde sofort § 8 in Kraft treten. Ein zweiter Fall macht augenblicklich im Großherzogtum Baden Aufsehen. Dort war ein Rekrut in Kehl. Den Eltern wird gemeldet, der Sohn habe sich erhängt. Die Eltern bekommen die Leiche zu sehen und konstatieren, daß gar kein Zeichen des Erhängens am Halse zu sehen ist, wohl aber eine lange, schwere Wunde im Gesicht. Die Eltern suchten herauszubekommen: wann der Sohn gestorben sei und woran. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen. Sie und auch die Gemeindebehörden glauben nicht an den Tod des Sohnes durch Erhängen.

Das sind doch alles Fälle, zu deren Feststellung der Wahrheitsbeweis durch § 8 ungemein erschwert wird. Sie haben überhaupt keine vernünftigen Gründe für die Beibehaltung dieses Paragraphen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun aber weiter: Ich habe hier eine Schrift, betitelt: „Die Geschichte meiner Erblindung“ von Konrad Luthmer, Hauptmann in Hagenau i. E. Dieser Hauptmann Luthmer ist anerkanntermaßen ein ausgezeichnete Artillerieoffizier gewesen, ein Mann, königstreu bis ins innerste Mark. Dieser ist nun von einem ungeschickten Reserveleutnant so unglücklich angeschossen worden, daß ihm von der Kartätsche eines Gefäßes, das wenige Schritte hinter ihm abgeschossen wurde, oermassen die Holzsplinter ins Gesicht flogen, daß er im Nu erblindete. Diese Sache ist wiederholtlich in ihren Militärgerichten

abgeurteilt worden, sie hat alle Instanzen durchlaufen; der Mann hat sich aber durch die ergangenen Urteile aufs bitterste beschwert befunden, und schließlich ist solch eine Exzitation über ihn gekommen, daß er sich hinsetzte und die Broschüre schrieb. In ihr sind nun die schwersten Beleidigungen enthalten gegen eine Reihe seiner Vorgesetzten; er erklärt ausdrücklich: ich habe diese schweren Worte gebraucht, ich will verklagt werden; nun konnte er nur auf Grund des Prevergehens verklagt werden, die Sache wäre dann öffentlich verhandelt worden. Aber auf Grund dieses § 8 kommt er eben vor das Militärgericht, wo natürlich im Interesse der Disziplin die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Jetzt verklagt man den Hauptmann Luthmer nicht; man fürchtet, daß dabei gewisse Dinge ans Tageslicht kommen werden. (Sehr richtig! links.) Und solchen Zuständen bauen sie die Brücke mit dem § 8. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sagen, da kann man ja ein Jahr warten und dann vorgehen. Die Strafe soll dem Vorgehen aber auf dem Fuße folgen. Wenn sie es einem Manne unmöglich machen, während desselben Jahres sich die nötigen Zeugen zu verschaffen, dann liegt die Sache nach einem Jahre sehr viel ungünstiger für ihn. Es besteht kein Grund, den § 8 aufrecht zu erhalten, und es ist eine Ungerechtigkeit der allerhöchsten Art und eine Verhöhnung alles Besseren, was wir von Seiten der bürgerlichen Parteien hier vertreten gesehen haben, daß man jetzt in dieser unerhörten Weise die Militärgerichtsbarkeit ausdehnt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) (Der Schluss des Berichtes mußte wegen Stoffandranges bis morgen zurückgestellt werden.)

Die Deckungskomödie.

Berlin, 16. März.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde die Beratung des Flottengesetzes bei § 9, **Deckung der Kosten**, wieder aufgenommen.

Abg. v. Bennigsen hat seinen Vorschlag nunmehr folgende Fassung gegeben:

Sowohl die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung in einem Staatsjahr den Betrag von 117,525,404 Mk. übersteigt und die dem Reiche zustehenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, darf der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten Reichssteuern gedeckt werden.

Abg. Lieber beantragt hinter dem Worte „indirekten“ einzuschreiben die Worte „den Massenverbrauch belastenden“.

Abg. v. Bennigsen erklärt sich mit diesem Zusatz einverstanden. Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, gegen den Antrag Bennigsen-Lieber würden die verbündeten Regierungen nichts einzuwenden haben und fährt wörtlich fort:

Auf Grund übereinstimmender Erklärungen der einzelnen Bundesregierungen bin ich in der Lage, folgendes hier zu erklären: Sollte die Ausführung des Gesetzes über die Deckung der Erhöhung bestehender oder die Einführung neuer Landessteuern in den Einzelstaaten notwendig machen, um den erhöhten Anforderungen des Reiches zu genügen, so werden die Einzelregierungen ihrerseits darauf Bedacht nehmen, bei einer derartigen finanziellen Maßregel die stärkeren Steuerkräfte heranzuziehen.

Auf Anfrage des Abg. v. Bennigsen bestätigt Graf Posadowsky, daß er die Erklärung auf Grund der Zustimmung sämtlicher Bundesregierungen abgegeben habe.

Abg. v. Bennigsen: Die Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky sei äußerst wertvoll. Wir hätten erreicht, was wir erreichen wollten. Ein Mehr könnten wir nicht verlangen!

Abg. v. Massow (konf.): Seine politischen Freunde seien ursprünglich der Meinung gewesen, daß es nicht notwendig sei, die Deckungsfrage mit der Flottenvorlage zu verquiden. Jetzt wollen sie aber der Situation Rechnung tragen und nach der Erklärung, die Graf Posadowsky namens sämtlicher Bundesstaaten abgegeben, wollen die Konservativen für den Antrag Bennigsen-Lieber stimmen.

Abg. Lieber erklärt sich bereit, mit den gegebenen Thatfachen zu rechnen. Die Erklärung der verbündeten Regierungen sei sehr entgegenkommend. Den Parlamenten sei durch den Wortlaut der abgegebenen Erklärung das Recht gewahrt, das sie beanspruchen könnten. Die spitzigsten Rechner selbst wären der Ansicht, daß für die ersten Jahre keine Mehrforderungen erforderlich werden würden. Es handele sich in der Erklärung um die prinzipielle Seite der Frage und das erleichtere ihm die Zustimmung. Die Kommission könne sich mit dem Erreichten zufrieden geben.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Karborff erklärt Staatssekretär v. Posadowsky, daß die Zollgesetzgebung durch die abgegebene Erklärung nicht berührt werde, da sie durch handelspolitische Abmachungen bedingt werde.

Abg. Freiherr v. Hertling (Centr.): Er habe gegen den ursprünglichen Antrag Lieber die größten Bedenken gehabt; er freue sich um so mehr, daß jetzt eine Verständigung gefunden sei. Mehr könne man kaum verlangen.

Abg. Bebel: Das Ei des Kolumbus scheint ja nun endlich entdeckt zu sein; es sei aber nur ein Windel. Ihm sei es allerdings schon am Schlusse der vorigen Sitzung nicht zweifelhaft gewesen, daß der Antrag Bennigsen der Mehrheit der Kommission wie den verbündeten Regierungen die gewünschte Lösung der Frage gebracht habe. Luxussteuern, an die man dachte, brächten nichts ein, man werde sich also auf das Schuldenmachen werfen, und die steigende Zinsenlast würde auf die indirekten Steuern fallen. Seien denn auch die Nachfolger der jetzigen Minister der Einzelstaaten verpflichtet, sich auf den Boden der heutigen Erklärung zu stellen? Die Einzelparlamente seien gar nicht an die Erklärung gebunden; 22 Landtage könne man nicht unter einen Hut bringen, und der Ausbruch „stärkere Steuerkräfte“ sei sehr unbestimmt. Den einzig gangbaren Weg hieße nur die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Reichseinkommensteuer.

Abg. Richter: Es gäbe Finanzlöcher und Schuldlöcher, und da könne z. B. der Tabak ebenso durch die Zollgesetzgebung wie durch indirekte Steuern belastet werden. Wo fange hier der Massenverbrauch an? Alle früheren Kontingenzen würden von neuem hervorgerufen. Nur in Bezug auf die Brausteuer habe die Erklärung des Grafen Posadowsky vielleicht einen Wert. Für ihn haben solche Erklärungen der verbündeten Regierungen nach allen Erfahrungen kein Gewicht. Die Stellung seiner Partei bleibe nachher ebenso ablehnend gegenüber der Vorlage wie vor der Erklärung.

Abg. Hammacher: Die Erklärung der verbündeten Regierungen sei für ihn durchaus überzeugend. Seine eigene Resolution habe dadurch ihre Erledigung gefunden und er ziehe sie daher zurück.

Staatssekretär Graf Posadowsky betont nochmals, daß die Erklärung auf Grund übereinstimmender Erklärungen der Einzelstaaten abgegeben sei. Die Abgg. Bebel und Richter messen diesen Umständen wohl nicht genügend Bedeutung bei.

Abg. Müller-Fulda: In der Erklärung liege ein Prinzip, und das sei das wesentlichste. Auf die notwendigen Lebensbedürfnisse dürfe natürlich kein weiterer Zoll gelegt werden, dagegen müßten die Luxussteuern mehr ausgebaut werden.

Abg. Freese (freis. Vp.) ist durch die abgegebene Erklärung befriedigt und wird mit seinen politischen Freunden nunmehr für die Vorlage stimmen. Gegenüber der Verurteilung, die Richter in Bezug auf die Tabakbelastung in die Debatte getragen, möchte er feststellen, daß das Prinzip des Antrages Bennigsen-Lieber nur dahin gehen kann, den kleinen Mann, die Arbeiter nicht neu zu belasten. Bei Beratung der Tabakfabriksteuer sei unüberleglich festgelegt worden, daß eine solche Steuer große und bauernde Arbeiterentlassungen herbeiführen müsse und deshalb in sozialpolitischer Beziehung durchaus verwerflich sei.

Nachdem noch die Abgg. Graf Arnim, Graf Roon, Singer und Gröber sich an der Debatte beteiligt hatten, wird nach einem Schlußwort des Referenten, Abg. Dr. Lieber, zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Bebel (Reichseinkommensteuer) fällt gegen vier Stimmen, der Antrag Richter (Vermögenssteuer) wird gegen drei Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Bennigsen-Lieber wird mit allen gegen vier Stimmen angenommen; dagegen stimmen die Abgg. Bebel, Meister, Singer und Gasser (libd. Vp.).

Morgen tritt die Kommission in die zweite Lesung der Vorlage ein.

Die Wahlprüfungskommission erledigte am 16. März das letzte der noch ungeprüften Mandate, indem sie die Wahl des Abg. Schulz-Berlin (freis. Vp., im Kreise Westpreignitz für den früheren Abg. v. Pobjielski gewählt) für gültig erklärte. — Die eingegangenen Proteste sollen zum Teil der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Auskunfts-bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.
„Stadt Hannover“, Seeburgstr.
Jeden Abend von 7½—9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

C. Hammer
Uhrenhandlung
Wintergartenstr. 15
am Archtallpalast.



Wecker
mit Absteller
Mk. 2.50.
2 Jahre Garantie.



Regulateure
mit Schlagwerk
von Mk. 10.00 an.
2 Jahre Garantie.



Taschenuhren
in großer Auswahl.
Cylind.-Remont.
mit Goldrand
Mark 10.00.
2 Jahre Garantie.

Reparaturen:
Neue Feder einsetzen . 1 Mk.
Neues Uhrglas . . . 10 Pf
Neuer Uhrzeiger . . . 10 „
Neuer Uhrtring . . . 10 „
Neuer Uhrschlüssel . . 5 „
Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.

Neu-Eröffnung.

Hierdurch erlaube mir die ergebene Mitteilung, dass ich in den nächsten Tagen

16 Reichsstrasse 16

neben der Lipsia-Fahrrad-Manufaktur

ein drittes Geschäft eröffnen werde. Gestützt auf das mir bisher in so reichem Maasse bewiesene Wohlwollen, bitte ich, dasselbe auch meinem neuesten Unternehmen entgegen bringen zu wollen. In ca. 8 Tagen wird meine neue Preieliste für Frühjahr und Sommer dieser Zeitung beiliegen, worauf ich noch ganz besonders aufmerksam machen möchte.

Mit aller Hochachtung

Johannisplatz 3 Reichsstrasse 16
Gohlis: Leipziger Strasse 3.

Thilo Hühne

Johannisplatz 3 Reichsstrasse 16
Gohlis: Leipziger Strasse 3.

Herren- und Knaben-Konfektion.